



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



GRUNDGESETZ

für die Bundesrepublik Deutschland

Schwerpunktthema: Pandemie und Politik

ab Seite 3

Marktwirtschaft

Die Tagung versuchte eine Bilanz von 70 Jahren Sozialer Marktwirtschaft und 30 Jahren sozialökonomischer Wiedervereinigung und skizzierte künftige Herausforderungen.

Seite 20

Meinungsfreiheit

Das Forum Verfassungspolitik erstmals online: Es beschäftigte sich mit einer der wichtigsten Voraussetzungen einer funktionsfähigen Demokratie, der Meinungsfreiheit.

Seite 25

Meinungsbildung

Im Prozess der politischen Meinungsbildung kommt der Sprache eine besondere Rolle zu. Sie ist dabei aber nicht der einzige bestimmende Faktor.

Seite 26

Blick über den See

Inhalt

PANDEMIE UND POLITIK

- 3** Das Virus, der Rechtsstaat und die Grundrechte
- 7** Epochenwandel in Europa
- 12** China, Covid-19 und Hongkong
- 14** Populisten und Extremisten im Windschatten der Corona-Krise
- 16** Pandemien in der Geschichte: infektiöse Düfte, Sterne und Quarantäne

WIRTSCHAFTSPOLITIK

- 20** 70 Jahre Soziale Marktwirtschaft und 30 Jahre Deutsche Einheit

DIGITALISIERUNG

- 23** Livestream statt Hörsaal: Zukunftsfragen der „Künstlichen Intelligenz“

VERFASSUNGSPOLITIK

- 25** Meinungsfreiheit: Streit um ein Grundrecht

POLITISCHE KOMMUNIKATION

- 26** Nicht nur Sprache: Was (noch) hinter Meinungsbildung steckt

KULTUR

- 28** Das Beste aus Axel Hackes Welt
- 31** Virtuelle Welten

AKADEMIE INTERN

- 29** Verpasste Gelegenheit: Akademie lehnte Schulung von Olympia-Hostessen ab
- 30** Neue digitale Formate der Akademie
- 30** Namen – Nachrichten
- 31** Personalverzeichnis
- 31** Impressum
- 32** Medienspiegel
- 34** Neuerscheinungen
- 35** Termine
- 36** Namen – Nachrichten



Die Corona-Krise entlarvt die Denkweise populistischer Politik: Wissenschaftsfeindlichkeit und Anti-Intellectualismus gelten nicht als peinlich und rufschädigend. Sie werden schon deshalb gepflegt, um sich von den sogenannten Eliten oder „Altparteien“ abzugrenzen und bei Teilen der Öffentlichkeit anzubiedern. Populistische Argumentation versucht auch die Zweifel derjenigen aufzugreifen, die dem „Vorsorge-Paradoxon“ aufsitzen. Das gelingt recht leicht: Schließlich ist es einfacher, von der „sogenannten Corona-Pandemie“ zu schwadronieren und die temporäre Beschränkung von Freiheitsrechten anzuprangern, als das weltweite Infektionsgeschehen zur Kenntnis zu nehmen. Wir können beobachten, was passiert, wenn Politiker meinen, sie hätten die Wahl zwischen der Gesundheit oder dem ökonomischen Wohlstand ihrer Bürger.

Zu den vielen bedrohlichen Aspekten der Pandemie gehört, dass es diese Alternative nicht gibt. Die zu treffende Wahl lautet anders: Eine Regierung kann rechtzeitig handeln und so die vielfältigen Folgen von Covid-19 einigermaßen klein halten. Oder eine Regierung entscheidet sich, Covid-19 nicht ernst zu nehmen und die dramatischen und lästigen Begleiterscheinungen von Ausgangsbeschränkungen zu vermeiden. Entgegen aller populistischen Verheißungen wird sie dann jedoch nicht durch einen glimpflichen Verlauf der Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise belohnt, sondern sie und vor allem ihre Bevölkerung ernten beide Übel: überlastete Krankenhäuser mit hohen Todeszahlen nicht „nur“ bei den Alten und die sich aus dem exponentiellen Pandemieverlauf ergebenden noch massiveren Folgen für Wirtschaft, Bildung und Arbeitsmarkt.

Die Pandemie zeigt uns, was wir längst wissen: Jede Demokratie braucht eine „Arena der Öffentlichkeit“, in der die Medien die Aufgabe der informellen Gewaltenteilung übernehmen. Sie ist angewiesen auf Journalisten und Redaktionen, deren Professionalität und Ausgewogenheit das ihnen entgegengebrachte Vertrauen rechtfertigen. Und sie benötigt eine Bürgerschaft, die durch ihr Medienverhalten beweist, dass sie das Prinzip der digitalen Plattformen verstanden hat: je mehr Sensation desto mehr „traffic“ auf einer Plattform, je mehr Clicks desto mehr Geld für die Internetgiganten. Zur politischen Bildung gehört, sich damit auseinanderzusetzen. Wir freuen uns auf die Debatte mit Ihnen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

TITELFOTO: © SCHRÖDER (APB)

Das Virus, der Rechtsstaat und die Grundrechte

von Dr. Gero Kellermann

WAS IST NICHT ALLES seit Mitte März, dem Lockdown wegen Corona in Deutschland, passiert? Nur ein paar Schlaglichter: In der ersten Phase Kontakt- und Versammlungsverbote, Verlassen des Hauses nur mit triftigem Grund, Schließung von Geschäften, Lokalen und Gewerbebetrieben, von Museen und Vereinen, Grenzschießungen in Europa. Dann, in einer neuen Phase, Maskenpflicht, dann auch wieder Lockerungen, teilweise jedoch erneute regionale „Lockdowns“ als Reaktion auf erneute Ausbrüche.

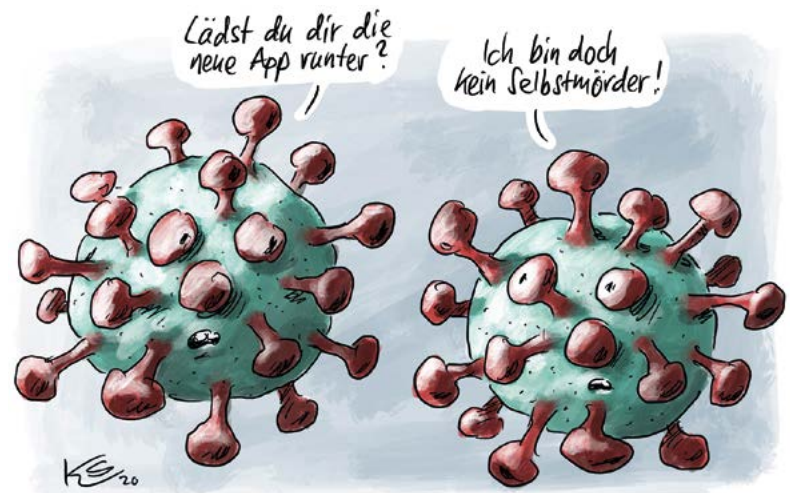
Es handelt sich um Maßnahmen des Staates, die er mittels des Rechts umgesetzt hat – und die gravierende Folgen hatten und haben. Dazu gehören insbesondere erhebliche Einschränkungen für die Freiheit der Bevölkerung. Es scheinen bei den genannten Beispielen zwei Aspekte auf, die für unser Gemeinwesen grundlegend sind, die jedoch im Alltag ohne Corona eher geräuschlos sind: der Rechtsstaat und die Grundrechte.

Politisches Handeln zur Bekämpfung eines Virus verfolgt ja einen sehr nachvollziehbaren Zweck. Die Gesundheit, ja das Leben der Bevölkerung sollen geschützt werden. Insbesondere soll die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens aufrechterhalten werden, zum Beispiel durch die Vermeidung überfüllter Krankenhäuser, um so letztlich das Gesamtsystem stabil zu halten.

Herrschaft von Gesetzen

In einem Rechtsstaat können die Regierenden nicht ohne Umschweife die von ihnen gewünschten Maßnahmen ergreifen. Dies kann nur aufgrund und im Rahmen des Rechts geschehen. Man spricht bei einem Rechtsstaat ja auch von „der Herrschaft von Gesetzen“ im Gegensatz zur „Herrschaft von Menschen“.

Der Unterschied zu einem Rechtsstaat sind zum Beispiel Willkürregime, bei denen die Herrschaft nach dem Belieben eines Machthabers ausgeführt wird – ohne rechtliche Vorgaben. Der Rechtsstaat unterscheidet sich auch von Herrschaftssystemen, bei denen zwar der Machthaber mittels des Rechts regiert, wie zum Beispiel im Absolutismus, er selbst jedoch von rechtlichen Normen losgelöst ist.¹



© STUTTMANN

Ihre Corona-Maßnahmen können die zuständigen Behörden nicht aus dem Hut zaubern, sie brauchen dafür eine rechtliche Grundlage. Wenn es um Eingriffe in Grundrechte geht, dann müssen diese durch eine gesetzliche Grundlage gestützt sein. So ist auf Bundesebene mit Ausbruch der Krise das bisher eher im Hintergrund stehende Infektionsschutzgesetz ins Blickfeld gekommen. Dies ermöglicht bestimmte Maßnahmen und Ermächtigungen der Exekutive. In § 28 Absatz 1 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes findet sich eine weite Formulierung: Danach trifft die zuständige Behörde „die notwendigen Schutzmaßnahmen ... soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist...“.

Bestimmtheitsgrundsatz

Mittlerweile wird das Gesetz präzisiert und fortentwickelt.² Dies geschieht auch mit Blick auf den Bestimmtheitsgrundsatz, wonach Rechtsnormen klar formuliert sein müssen. Dabei gilt die Grundregel, dass die Anforderungen an die Bestimmtheit der Normformulierung höher sind, je stärker der Bürger durch die Norm belastet wird.

Das staatliche Handeln unterliegt, zum Beispiel hinsichtlich der Bestimmtheit der im Zuge der Pandemie verabschiedeten Normen, so gut wie vollständig der Kontrolle von Gerichten. Die Folgen der rechtsstaatlichen *Rechtsweggarantie* sieht man an den mittlerweile zahlreichen Entscheidungen im Zuge der Corona-Krise, nicht nur des Bundesverfassungsgerichts, sondern auch von Landesverfassungsgerichten und Verwaltungsgerichten.

¹ Siehe Dieter Grimm: Der Wandel der Staatsaufgaben und die Krise des Rechtsstaats, in: Dieter Grimm (Hrsg.): Die Zukunft der Verfassung, Frankfurt a.M. 1991, S. 159–175, hier S. 159.

² Ein aktueller Überblick über die Entwicklungen der Rechtssetzung im Zuge von Corona findet sich unter <https://lexcorona.de/>.

Ein weiterer, elementarer Bestandteil des Rechtsstaatsprinzips des Grundgesetzes ist die *Bindung der Staatsgewalt an die Grundrechte*. Dabei spielt auch ein weiteres tragendes Element des Rechtsstaates eine Rolle, nämlich der *Grundsatz der Verhältnismäßigkeit*.

Gleich zu Beginn des Grundgesetzes, im dritten Absatz des ersten Artikels heißt es: „Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht“. Die Grundrechte sind also keine schlichten Absichtserklärungen. Sie binden die öffentliche Gewalt ganz konkret, und der Einzelne kann sich gegen die öffentliche Gewalt auf die Grundrechte berufen und auf den rechtsstaatlich dafür vorgesehenen Wegen gegen staatliche Maßnahmen vorgehen.



Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat aus den Grundrechten auch Schutzpflichten des Staates entnommen.

© Rainer Lück / CC BY-SA 3.0 DE

Primär sind die Grundrechte Abwehrrechte, nämlich Abwehrrechte des Bürgers gegen staatliche Machtentfaltung. Sie sichern einen bestimmten Raum, in dem der Einzelne, wie es das Bundesverfassungsgericht an einigen Stellen formuliert hat, „in Ruhe gelassen“ werden muss – die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung.

Ausstrahlung der Grundrechte

Ihr Charakter als Abwehrrechte führt jedoch nicht zu einem vollständigen Ausschluss des Staates. Grundrechtseingriffe sind nicht automatisch unzulässig. Der Staat kann in die Schutzbereiche eingreifen, muss dabei aber verschiedene Kriterien beachten, wie insbesondere die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs.

Die Grundrechte sind also Abwehrrechte des Einzelnen und haben damit eine subjektive Dimension. Sie haben auch eine objektive Dimension, eine Ausstrahlungswirkung auf das Gesamte. Das Bundesverfassungsgericht hat aus den Grundrechten auch Schutzpflichten des Staates entnommen. Das Grundrecht in Art. 2 Abs. 2 Satz 1 zum Beispiel schützt die körperliche Unversehrtheit und das Leben. Dies be-

deutet einerseits ein Abwehrrecht gegen staatliche Eingriffe gegen Gesundheit und Leben. Es bedeutet andererseits aber auch eine Pflicht des Staates, die genannten Güter gegen rechtswidrige Eingriffe seitens Dritter zu schützen. Der Staat soll sich, wieder eine Formulierung des Bundesverfassungsgerichts, „schützend und fördernd“ vor die Grundrechte des Einzelnen stellen.

Freiheitsgrundrechte in der Corona-Zeit

Durch die Pandemie-Maßnahmen waren und sind eine ganze Reihe von Grundrechten betroffen. Dies zeigt anschaulich eine Auflistung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages³:

Kontaktverbote und -beschränkungen bedeuten zum Beispiel Eingriffe in das *allgemeine Persönlichkeitsrecht*. Dieses Grundrecht besteht darin, dass jeder seine engere persönliche Lebenssphäre und Persönlichkeitsentfaltung selbst bestimmen kann, also auch, mit wem er sich trifft oder nicht. Diese Möglichkeit wird durch Kontaktregulierungen eingeschränkt. Auch die Maskenpflicht betrifft dieses Grundrecht.



Die Maskenpflicht in der Öffentlichkeit ist nur eine von vielen Beschränkungen während der Corona-Krise.

© coyot / pixabay

Es ist auch das *Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung* zu beachten. Im Grundsatz kann jeder Einzelne über seine persönlichen Daten verfügen. Wenn in Biergärten, Restaurants oder Sportvereinen Anwesenheitslisten geführt werden müssen, ist dieses Grundrecht berührt. Dieses Grundrecht ist auch im Spiel, wenn es um Corona-Apps geht, die unter anderem Aufenthaltsdaten aufzeichnen.

Wird Quarantäne verordnet, betrifft diese das *Grundrecht der Freiheit der Person*, da dadurch die körperliche Bewegungsfreiheit eingeschränkt wird.

³ Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (Hg.): Kontaktbeschränkungen zwecks Infektionsschutz: Grundrechte (Ausarbeitung, Az. WD 3 – 3000 – 079/20), Berlin 2020.

Zur *Glaubensfreiheit* gehört es unter anderem, religiöse Bräuche auszuüben, also zum Beispiel an Gottesdiensten teilzunehmen. Werden solche Zusammenkünfte untersagt oder beschränkt, liegt ein Eingriff in die Glaubensfreiheit vor.

Es gibt auch das Grundrecht der *Informationsfreiheit*. Danach hat jeder das Recht, sich ungehindert aus allgemein zugänglichen Quellen zu informieren. Ist das Verlassen der Wohnung zu diesem Zweck nicht möglich, ist dies ein Eingriff in die Informationsfreiheit.

Wenn Forscher ihr Forschungslabor an der Hochschule nicht nutzen können, greift dies in die *Wissenschaftsfreiheit* ein.

Wenn sich aufgrund von Kontaktbeschränkungen Ehepartner und Familienmitglieder nicht treffen können, berührt dies den grundrechtlich geschützten *Bereich von Ehe und Familie*.

Ein anderes Grundrecht ist die *Versammlungsfreiheit*. Alle Deutschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln. Das betrifft Gruppen aus zwei oder mehr Personen. Dieses Grundrecht ist durch Versammlungsverbote betroffen, zum Beispiel durch Corona-bedingte Einschränkungen bei Demonstrationen.

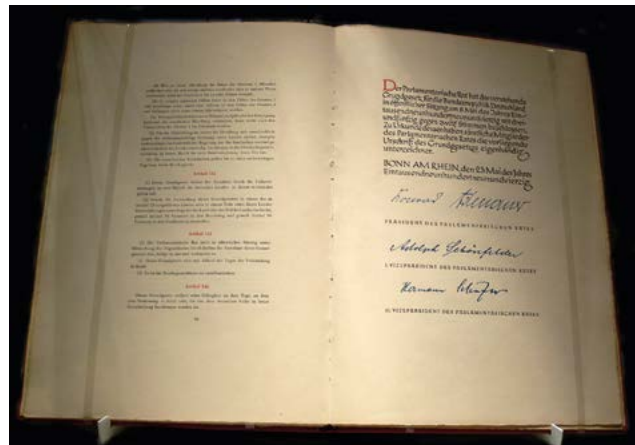
Eingriffe in die Grundrechte der *Berufsfreiheit* und in das *Eigentum* haben enorme wirtschaftliche Verluste bewirkt. Von der Berufsfreiheit geschützt ist laut Bundesverfassungsgericht „jede auf Erwerb gerichtete Tätigkeit, die auf eine gewisse Dauer angelegt ist und der Schaffung und Aufrechterhaltung einer Lebensgrundlage dient“. Diese Freiheit ist durch die angeordneten Schließungen betroffen, Berufe konnten oder können nicht mehr ausgeübt und kein Geld verdient werden.



Auch eine Form der Grundrechtseinschränkung: geschlossene Spielplätze

© Carola68 / pixabay

Auf das „Auffanggrundrecht“ der *allgemeinen Handlungsfreiheit* kann sich der Einzelne berufen, wenn spezielle Grundrechte nicht einschlägig sind. Es



Beurkundungsseite des Grundgesetzes von 1949

© Andreas Praefcke / public domain

schützt zum Beispiel das Sitzen auf Parkbänken oder das Trainieren auf dem Fußballplatz. Ist dies untersagt, wird in das Grundrecht eingegriffen.

Gleichheitsgrundrechte

Neben den genannten Freiheitsgrundrechten sind durch die Pandemie-Maßnahmen auch *Gleichheitsgrundrechte* betroffen, wie einschlägige Urteile zeigen. Diese Grundrechte sollen ein gewisses Mindestmaß an formal-rechtlicher Gleichbehandlung sicherstellen. Der *Gleichheitsgrundsatz* kommt zum Beispiel ins Spiel, wenn Pandemie-Verordnungen bestimmte Arten des Gewerbetreibens verbieten, einzelne Betriebe von dem Verbot jedoch freigestellt werden.

Beim Einzelhandel gab es den Fall, dass Händler von dem Geschäftsschließungsverbot freigestellt wurden, soweit Verkaufsräume eine Verkaufsfläche von 800 Quadratmetern nicht überschritten. Händler mit größerer Verkaufsfläche blieben dagegen von dem Verbot betroffen. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof sah hier einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes. Die Freistellung bestimmter kleinerer Geschäfte von der Regelung sei aus infektionsschutzrechtlicher Sicht nicht gerechtfertigt.

Justizgrundrechte

Nicht nur die Freiheits- und Gleichheitsgrundrechte zeigen im Zuge von Corona ihre praktische Bedeutung. Es zeigt sich auch, wie wichtig die *Justizgrundrechte* für einen funktionierenden Rechtsstaat sind. Justizgrundrechte machen die genannten Freiheits- und Gleichheitsgrundrechte erst schlagkräftig, nämlich durch die Eröffnung von Möglichkeiten der gerichtlichen Durchsetzung. Durch die Rechtsweggarantie aus Art. 19 Absatz 4 Satz 1 GG ist sichergestellt, dass der Einzelne in jedem Fall die Gerichte anrufen kann, wenn er meint, durch Corona-Maßnahmen rechtswidrig behandelt worden zu sein. Davon

wurde schon vielfach Gebrauch gemacht und in vielen Fällen wurden staatliche Maßnahmen aufgehoben oder abgemildert.

Verhältnismäßigkeitsgrundsatz

In der Rechtsprechungspraxis über die Einschränkung von Grundrechten hat der *Verhältnismäßigkeitsgrundsatz* eine herausragende Bedeutung. Grundlage dafür sind das Rechtsstaatsprinzip und der grundsätzliche Freiheitsanspruch des Bürgers gegenüber dem Staat. Eingriffe in Grundrechte sollen möglichst schonend sein, der Staat soll bei dem Eingriff maßvoll bleiben.

Um zu prüfen, ob ein Eingriff verhältnismäßig ist, gibt es verschiedene Schritte. Zunächst muss festgestellt werden, welchen *Zweck* das staatliche Handeln hat, aufgrund dessen der Eingriff erfolgt, und ob dieser Zweck legitim ist. Der Zweck der Pandemie-Bekämpfungsnormen ist der Schutz der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung. Insbesondere soll das Gesundheitssystem vor Überlastung bewahrt werden. Das ist, ganz unproblematisch, ein legitimes Ziel.

In einem weiteren Schritt der Verhältnismäßigkeitsprüfung, wird geschaut, ob die Maßnahmen überhaupt *geeignet* sind, das genannte Ziel zu erreichen. Gesetzgeber und zuständige Behörden haben einen Beurteilungsspielraum bei der Frage, ob eine Maßnahme geeignet ist oder nicht. Es geht bei den Corona-Maßnahmen insbesondere um Einschränkungen von persönlichen Kontakten. Und unstreitig hilft es gegen die Verbreitung des Virus, wenn soziale Kontakte eingeschränkt oder verboten werden. Somit sind das Verbot von Ladenöffnungen, die Schließung von Bibliotheken und Fitnessstudios usw. *geeignet*, die Pandemie zu bekämpfen.

Einen Beurteilungsspielraum hat die öffentliche Gewalt auch beim nächsten Schritt der Verhältnismäßigkeitsprüfung: Neben der Geeignetheit des Eingriffs ist zu untersuchen, ob der Eingriff *erforderlich* ist. Das gewählte Eingriffsmittel muss unter der Palette an Mitteln, die die gleiche Wirksamkeit haben, das mildeste sein, also am wenigsten in die Freiheitsrechte eingreifen. Aber auch damit ist die Verhältnismäßigkeitsprüfung noch nicht abgeschlossen.

Denn selbst wenn ein Eingriff geeignet und erforderlich ist, kann es immer noch sein, dass der Eingriff unverhältnismäßig ist. Es geht hier um die *Angemessenheit*. Dieses Kriterium ist nicht erfüllt, wenn die Beeinträchtigung außer Verhältnis zum verfolgten Zweck steht. Die Prüfung an dieser Stelle ist eine Gesamtabwägung der betroffenen Rechtspositionen. Ist es zum Beispiel angemessen, Geschäften den Betrieb zu untersagen, wenn dadurch wirtschaftliche Existenzen bedroht sind? Dabei spielt die Intensität des Eingriffs eine Rolle, zudem, ob die Pandemie mittlerweile erfolgreich verlangsamt wurde oder nicht und was zuverlässige wissenschaftliche Studien über den weiteren Verlauf sagen. Es ist mit Blick auf die Angemessenheit auch von Bedeutung, ob die Eingriffe *befristet* sind – bei der Schwere und dem Ausmaß der Freiheitsbeschränkungen ist davon auszugehen, dass eine zeitliche Befristung für die Angemessenheit der Maßnahmen sogar notwendig ist.

Die Verhältnismäßigkeit, nämlich die Geeignetheit, Erforderlichkeit, und Angemessenheit der Eingriffe, ist also ein entscheidender Maßstab für die politischen Entscheidungen – und sie wird es auch in den nächsten Phasen der Pandemiebekämpfung sein.

Das Recht ist aber nicht nur Grenze politischen Handelns. Es ist für die Politik zugleich das zentrale Instrument, um überhaupt auf die Pandemie reagieren zu können und die Auswirkungen der Krise auf das Gesamtsystem anzugehen.⁴ Für eine zeitgemäße Fortschreibung dieses begrenzenden und ermöglichenden Rechts ist, auch mit Blick auf den rechtsstaatlichen *Gewaltenteilungsgrundsatz* und das *Demokratieprinzip*, eine breite parlamentarische Debatte zu wünschen und auch erforderlich, gerade angesichts der derzeitigen Dominanz der Exekutive.



Die ersten 19 Artikel des Grundgesetzes in der Ursprungsfassung am Jakob-Kaiser-Haus in Berlin

© Michael Rose / CC BY-SA 3.0

⁴ Siehe dazu den Online-Vortrag von Martin Burgi: „Das Staatshandeln in der Corona-Krise aus juristischer Sicht“, Stand 22. Juni 2020, der über die Akademie-Webseite abrufbar ist.

Epochenwandel in Europa

Die Corona-Pandemie hat Politik, Gesellschaft und die Europäische Union verändert.

von Dr. Andreas Kalina

DIE CORONA-KRISE flaut scheinbar ab – auch und besonders in der Wahrnehmung der Bevölkerung. Bei allen fortdauernden Vorsichtsmaßnahmen werden Ausnahmezustände allmählich zurückgenommen, flächendeckende Lockdowns aufgehoben, Kontakt- und Reisebeschränkungen schrittweise gelockert und das gesellschaftliche Leben nach und nach reanimiert. Ebenso kehrt die Politik immer mehr zum Alltagsgeschehen zurück, so sehr dieses auch inhaltlich durch die zu bewältigenden ökonomischen und sozialen Begleiteffekte und Kollateralschäden der Pandemie geprägt ist. Umso mehr stellt sich die Frage, welche Spuren der Coronavirus in Europa hinterlassen haben wird.

Oberflächlich betrachtet ist zwar mit der Wiederherstellung der Freiheits- und Grundrechte, mit der Reaktivierung der *Checks and Balances* und mit der Wiederbelebung eingeübter demokratischer Willensbildungsprozesse zu rechnen. Faktisch allerdings wird das Zusammenspiel von politischer Ordnung und Gesellschaft einem grundlegenden Wandel unterliegen: Der post-pandemische Normalzustand wird nicht der Status quo ante sein – weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene.

Mit Blick auf die politische Ordnung beschleunigt Corona einen bislang schleichenden Wandel der vorherrschenden Leitideen demokratischen Regierens. So merken wir spätestens seit den Herausforderungen der Krisen des neuen Jahrtausends – der Finanz- und Staatsschuldenkrise, der Eurokrise und der sogenannten Migrationskrise –, dass das Prinzip der liberalen, repräsentativen Demokratie in die Defensive geraten ist. Besonders augenfällig wurde diese Entwicklung zuerst in den Staaten Mittelosteuropas, wo seit den Systemtransformationen nach 1989/90 zusehends ein demokratisches Dilemma aufscheint: gleichsam ein unausgesprochener Widerstreit zwischen *Immanuel Kant* und *Carl Schmitt*.

- Auf der einen Seite steht die liberale Konzeption der demokratischen Ordnung, die im Sinne eines *Immanuel Kant* vorrangig auf individuelle Freiheiten, auf Eigenverantwortung und Vernunft und auf die Wettbewerbssituation von vielfältigen



© MESTER

Positionen setzt. Diese Konzeption ist in Europas Staatenwelt Grundlage der „Hardware“ der politischen Systeme.

- Auf der anderen Seite stehen relevante gesellschaftliche Erwartungen, die eher zum kollektiv-orientierten, national-konservativen Staatsideal neigen: Nicht so sehr die Individuen, sondern die Gemeinschaft gelten als Grundpfeiler von Gesellschaft und Politik. Entsprechend basiert die Idealvorstellung von Demokratie – ähnlich wie im Denken von *Carl Schmitt* – vornehmlich auf dem Prinzip der Homogenität nach innen und der Abgrenzung nach außen. In den Erwartungshaltungen an den Staat überwiegt die Gewährleistung von Schutz und Sicherheit und erst dann diejenige von Freiheitsrechten. Was sich hier abzeichnet, ist ein *illiberales Demokratieverständnis*, welches Eingang in die politische Rhetorik – etwa bei *Viktor Orbán* – gefunden hat.

Der imaginäre Widerstreit von Kant und Schmitt

In den jungen Demokratien Europas wird dieser Deutungskampf über eine Dekade lang offen ausgefochten – mit substanziellen Folgen für die politischen Systeme: Man denke an Polen, wo Richtern verboten werden soll, zu politischen Fragen Stellung zu beziehen, und insgesamt die Unabhängigkeit der Justiz zurückgefahren wird; oder an Ungarn, wo die Kontrolle der Regierenden über Medien, Justiz und



Die Ideen Immanuel Kants liegen aktuell in Europa in einem imaginären Widerstreit mit denen Carl Schmitts.

© Public domain

akademische Einrichtungen massiv ausgeweitet wird. Die Pandemiebekämpfung dient hier als Deckmantel, um demokratische und rechtsstaatliche Standards weiter auszuhöhlen. Aber auch Europas Westen ist von diesem Dilemma nicht gefeit, wofür die Anfälligkeit für populistische Parolen und nationalistische Glaubenssätze als deutliches Signal steht.



Illiberales Demokratieverständnis wird in der politischen Rhetorik Viktor Orbáns deutlich.

© European People's Party / CC BY 2.0

Die Corona-Krise verschärft diesen Zwiespalt und ruft zugleich in West wie Ost ein neues *Carl-Schmitt*-Moment hervor – sowohl was die Erwartungshaltungen der Bürger anbelangt, als auch die Routinen und Politikgestaltung der Entscheidungsträger. Das liberale Demokratieverständnis mit seinem Freiheitsdenken und Präferenz für Großräumigkeit, für grenzüberschreitende Mobilität und für freie Märkte verunsichert angesichts der wahrgenommenen Gefährdungslage: Eine politische Ordnung, die vorrangig Rahmenbedingungen für einen möglichst freien, pluralistischen Wettbewerb bereitstellt, mutet als zu rudimentär an. Umgekehrt wachsen die Schutzerwartungen an den Staat, der für die Gemeinschaft eintreten möge und sie vor auswärtigen Gefahrenlagen bewahren solle. Dafür nimmt man ein paternalistisches und dem Einzelnen gegenüber durchsetzungsstärkeres Handeln politischer Entscheidungsträger in Kauf. Vor diesem Hintergrund verführen die Notstandsregelungen und die der Krise geschuldete inhaltliche Fokussierung auf die staatliche Schutzfunktion unsere Demokratien zu einer beispiellosen Volte zum Staatsideal *Schmittscher* Prägung.

Die heutige Situation markiert damit eine deutliche Abkehr von einem Staatsverständnis, nach dem die Regulierung nicht nur des Wirtschafts- und Finanzsystems, sondern in Ansätzen auch der gesellschaftlichen Zusammenhänge vorrangig Märkten und Wettbewerb überlassen worden ist. Stattdessen erscheint und geriert sich der wiedererstarkte Staat mit seiner Bürokratie als *die* letzte Instanz. Wo sich aber ein starker, effizienter und gut funktionierender Staat bei der Pandemiebekämpfung als unabdingbar zeigt, birgt er mittelfristig Risiken hinsichtlich der Wahrung der Freiheitsrechte des Einzelnen und hinsichtlich des Pluralismus als des entscheidenden Strukturmerkmals unserer Demokratie.

Diese Entwicklung resultiert nicht alleine aus der Überforderung der marktbasierten Demokratien bei der Lösung der gegenwärtigen Herausforderungen. Er ist ebenso einem Versagen der Europäischen Uni-

on geschuldet. Da vonseiten der Union während der kulminierenden Krise weder Führung noch relevante Impulse um ein koordiniertes Vorgehen der Mitgliedstaaten wahrnehmbar waren, ergingen sich viele Staaten bei der Einschränkung der Freiheits- und Grundrechte und bei dem Umfang restriktiver Maßnahmen geradezu in einem Überbietungswettbewerb. Eine EU, die zum einen gemeinsame Wege vorausdachte, zum anderen bei Verstößen gegen den Grundgedanken der europäischen Einigung – vor allem gegen die Prinzipien der Werte- und der Rechtsgemeinschaft – mahnte und sie deutlich sanktionierte, war und ist Fehlanzeige. Und indem dieses notwendige europäische Korrektiv ausgeblieben ist, mutiert der Coronavirus in neuen Nationalismus, begleitet von wachsenden Autoritätstendenzen und steigendem Europaskeptizismus – sowohl bei den politischen Entscheidungsträgern wie auch in den Bevölkerungen.

Spaltung und Polarisierung

Auch auf gesellschaftlicher Ebene erweist sich das neue Primat des regelnden Staates als Angelpunkt grundlegender Veränderungen. Mit den neuerweckten Schutzerwartungen an den Nationalstaat werden Bestände der politischen Kultur reaktiviert, die auf Obrigkeitshörigkeit und dem Selbstentzug aus dem Politischen fußen – gleichsam nach dem Motto: „Der Staat wird das schon richtigmachen. Hauptsache, für meine Sicherheit ist gesorgt.“ Bei allen bestehenden Vorbehalten gegenüber Freiheitsbeschränkungen wird dieser Impuls mittelfristig nachwirken und die soziokulturelle Spaltung der Gesellschaften verschärfen. Denn über die letzten Dekaden hat sich infolge von Globalisierung, Europäisierung und Denationalisierung der Lebens- und Arbeitszusammenhänge eine neue gesellschaftliche Konfliktlinie herauskristallisiert, die das klassische soziopolitische Spektrum zwischen links und rechts zunehmend überlagert:

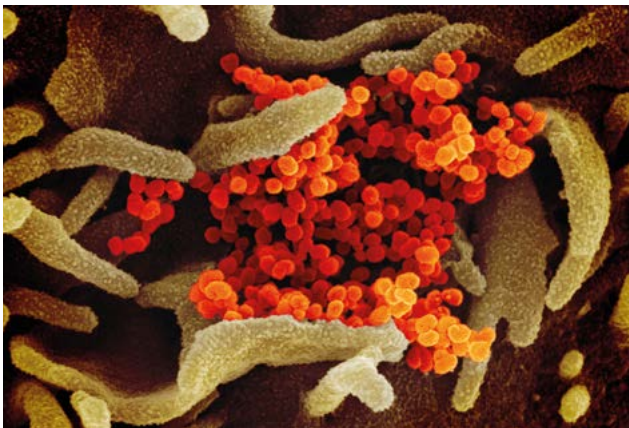
- Auf deren einer Seite steht das Lager liberal-kosmopolitischer Europäer, welche in offenen Grenzen, Mobilität, Freihandel und im Kulturaustausch ein hohes Gut sehen und für Integration eintreten.
- Ihnen gegenüber steht das kommunitaristisch-nationalistische Lager. Seine Vertreter setzen auf überschaubare Gemeinschaften und verbinden die soziale Frage mit der nationalen. Für sie dominiert daher die Forderung einer klaren Grenzziehung: in Bezug auf Staatsgrenzen, auf gesellschaftliche Grenzen sowie auf Kompetenzgrenzen.

Populistische Verführungen

Die Pandemie wird diese gesellschaftliche Spaltung weiter vorantreiben. So ist anzunehmen, dass der Zuspriech der kommunitaristisch-nationalistischen Lebens- und Staatsentwürfe wachsen und zugleich die

Verführbarkeit durch populistische Parolen steigern wird: In der nachwirkenden Krisensituation können sich nämlich Populisten leicht der Bedrohungswahrnehmung in der Bevölkerung bedienen und den liberalen Kosmopolitismus als Gefahr für das gesundheitliche Wohlergehen, für den Wohlstand und für die nationale Einheit konstruieren. Unter den Bedingungen der gegenwärtigen Unsicherheit können sie umso einfacher den Anspruch erheben, die vermeintlich klar bestimmbaren Interessen des „wahren Volkes“ zu vertreten – eben gegenüber den „fehlgeleiteten Kosmopoliten“ und den „unfähigen und korrupten Eliten“, die nach ihrem Dafürhalten für diese Malaise verantwortlich zeichnen. Umgekehrt können sie leichter denn je mit chauvinistischen Bezugspunkten als vorgeblicher Antwort auf die aus den Fugen geratene Welt punkten. Mit einem derart beflügelten Alleinvertragsanspruch der Populisten wächst das antipluralistische Momentum – auf Kosten der Toleranz gegenüber anderslautenden Positionen.

Allerdings bedeutet die neue Konjunktur kommunitaristischer Denkmuster nicht, dass die Fürsprecher liberal-kosmopolitischer Gesellschaftsentwürfe von ihren Idealen Abstand nehmen. Im Gegenteil: Da Wertekonflikte – anders als der Streit um Interessen – unteilbar und damit scheinbar unauflösbar sind, werden die Gegensätze nicht nur bleiben, sondern sich weiter verschärfen. Und da im gleichen Maße auch die Rhetorik eine Emotionalisierung erfährt, wird der Raum für einen vernunftgeleiteten gesellschaftlichen Diskurs und damit Ausgleich immer mehr beschnitten. Letzterer ist aber unabdingbare Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit auch



Das Coronavirus hat auch die Demokratie in Europa befallen.

© Tmaximurme / pxhere.com / CCO

für Sozialstaatlichkeit, auf die es bei der Bewältigung der langfristigen sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Pandemie besonders ankommen wird. Dadurch befördert Corona einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel, ohne aber dass dieser die Voraussetzungen für die Bewältigung der Krise verbessern würde.

Die Corona-Krise bringt nicht nur eine Zäsur in der Evolution von Demokratie und politischer Kultur auf nationalstaatlicher Ebene mit sich. Mit noch deutlicheren Brüchen ist im Hinblick auf den europäischen Integrationsprozess zu rechnen. Die Legitimationskrise der EU, die während der Finanz- und Staatsschuldenkrise und der sogenannten Migrationskrise ihre vorläufigen Höhepunkte erreicht hat, erfährt durch die Pandemie eine neue Dimension: Noch nie stand das Projekt Europa derart auf der Kippe – weil heute kulminierende ideelle Vorbehalte mit konkret erfahrbaren Enttäuschungen zusammenkommen.

„Die EU spielt im Rahmen der Corona-Krise eine eher unrühmliche Rolle.“

Zuerst steht der europäischen Idee ganz grundsätzlich die kommunitaristische Wende entgegen: Das liberale Projekt einer Europäischen Union, die das freiheitliche Ideal hochhält und auf dem Gedanken der Offenheit der Grenzen, des Binnenmarktes und des Kulturaustauschs fußt, kollidiert heute mit den gegenläufigen Erwartungshaltungen immer größerer Bevölkerungsteile. Und die Werte, für die die Union einsteht, werden mehr denn je hinterfragt. Stattdessen kommen seit der Jahrtausendwende infolge des demografischen Wandels, der digitalen Transformation und der benannten Krisen neue Ungerechtigkeiten und soziale Verwerfungen auf, die sich mit der Pandemie weiter verschärfen werden. Hinzu kommt, dass die EU im Rahmen der Corona-Krise eine eher unrühmliche Rolle spielt. Allenthalben sind enttäuschte Erwartungen der Bürger vernehmbar – angesichts einer nicht wahrnehmbaren Führung, angesichts institutioneller Schwäche und insgesamt angesichts eines scheinbaren Handlungsversagens: Weder vermag die Union ein glaubhaftes Krisenmanagement an den Tag zu legen, noch zeigt sie sich mit Blick auf die bedenklichen Entwicklungen in manchen ihrer Mitgliedstaaten in der Lage oder überhaupt gewillt, ihre grundlegenden Werte entschieden zu verteidigen und ihre Einhaltung einzufordern.

Finale Zäsur

Das geeinte Europa taugt heute nicht mehr als der Sehnsuchtsort, der er mal gewesen ist. Die Corona-Krise stellt hier die finale Zäsur dar, weil sie in einer als existenziell befundenen Ausnahmesituation europa- und gesellschaftsweit allen Beteiligten – egal welcher politischer Couleur, egal ob politisch interessiert oder nicht – die Diskrepanzen und scheinbaren Unzulänglichkeiten des Integrationsprojektes mit aller Deutlichkeit

vor Augen führt. Sie rüttelt an den normativen Grundfesten der Union und stellt zugleich ihre Errungenschaften infrage: das Konzept der Freizügigkeit, die Idee des Freihandels mit seinen grenzüberschreitenden Produktions- und Lieferketten und das Versprechen ökonomischen Wohlstands und Sicherheit – zumal in Zeiten globaler Ungewissheiten und Unsicherheiten.

Ist damit die Idee Europa gescheitert? Mitnichten. Für relevante, wenn auch schrumpfende Teile der Bevölkerung in allen Mitgliedstaaten bleibt die Europäische Union ein Ankerpunkt: Sei es aus normativer Überzeugung, sei es aus der pragmatischen Einsicht, dass globalen Herausforderungen – vom Klimawandel bis zur Eindämmung von Pandemien – auch künftig nur in einem grenzüberschreitenden Konsens effektiv begegnet werden kann. Und hier gilt, dass die Union trotz all ihrer Defizite immer noch und bei Weitem das wirksamste und demokratischste Regime jenseits des Nationalstaates ist. Diese Einsicht, wenn auch nicht mit Begeisterungstürmen für die Union verbunden, wird nach der Rückkehr in eine neue Normalität auch wieder in Teilen des größer gewordenen kommunitaristischen Lagers verfangen – alleine schon angesichts der pragmatischen Zusammenhänge.

Neue Chance für Integration

Nicht zuletzt ist die Corona-Krise auch Chance für die Neubelebung des europäischen Integrationsprozesses – mit der einen oder anderen neuen Akzentsetzung. Denn sie lässt auf eine grausame, aber auch umfängliche Weise die wechselseitigen Abhängigkeiten in einer hochverdichteten Weltgesellschaft

„Die Chance von Corona liegt darin, dass sie auch den ehemals ‚Uneinsichtigen‘ die Schicksalshaftigkeit der europäischen Gemeinschaft verdeutlicht, die es gemeinsam neu zu denken, zu gestalten und zu festigen gilt.“

bewusst werden. Zugleich scheint das Einsehen in die Notwendigkeit und mit ihm die Bereitschaft zur transnationalen Verteilung von Krisenlasten ungleich größer als während der Eurokrise: Man denke an die länderübergreifende Hilfe bei der Versorgung von Intensivpatienten, an die Zurverfügungstellung von knappem Schutzmaterial, aber auch an die nüchterner und zielorientierter geführte Debatte um gemein-

same Schudttitel im Rahmen eines europäischen Wiederaufbaufonds. All dies sind Anzeichen einer europäischen Solidargemeinschaft, wie sie während der bisherigen Krisen nicht zu vernehmen waren. Umso mehr gilt es heute, sich um diesen Keimling mit bedachten europäischen Maßnahmen zu bemühen – ohne ihn überzustrapazieren. Die Chance von Corona liegt darin, dass sie auch den ehemals „Uneinsichtigen“ die Schicksalshaftigkeit der europäischen Gemeinschaft verdeutlicht, die es gemeinsam neu zu denken, zu gestalten und zu festigen gilt.

Paradigmenwechsel

Was sich bei der Neuausrichtung der Union ändern dürfte, sind Charakter und Zielrichtung der Integration: Auf normativer Ebene erscheint eine (endgültige) Abkehr von Idealen hin zum Pragmatismus naheliegend und bei der europäischen Alltagspolitik ein Verzicht auf große Würfe zugunsten einer Projektorientierung, die vor allem aufgaben- und zeitbezogen sein wird.

Je nach Lesart kann ein solcher Paradigmenwechsel einerseits als „Verrat“ an den Idealen der Gründungsväter gedeutet werden, die die europäische Vergemeinschaftung nach dem Schrecken des Zweiten Weltkriegs vorrangig aus normativen Beweggründen betrieben und dabei eine „immer engere Union“ angestrebt haben. Andererseits bedeutet er eine Annäherung des Projektes Europa sowohl an die aktuellen Erwartungen der Bürger als auch an die Realität einer heterogenen EU der 27. Ein solches Europa, dass die EU aus dem hehren Wolkenkuckucksheim in die Gegenwart bringt, hätte durchaus die Chance, eine höhere Legitimität zu erlangen, da es den schwelenden Konflikt zwischen Nationalstaatlichkeit und Europa entschärft. Doch so sehr ein solcher Wandlungsprozess auch dem Zeitgeist entsprechen mag: Er muss aktiv betrieben werden.

Daher sollte es auch die vorrangige Aufgabe der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 sein, eine ehrliche Debatte über die nötigen Änderungen und Weichenstellungen des europäischen Integrationsprozesses für die Post-Corona-Zeit zu initiieren und zu moderieren. Dabei stimmen zwei Aspekte zuversichtlich, dass eine solche Reanimierung der Union Aussicht auf Erfolg haben könnte:

- *Erstens der Faktor Merkel.* Denn die Ratspräsidentschaft bietet gerade für *Angela Merkel* die Gelegenheit schlechthin, sich mit einem bleibenden europäischen Vermächtnis von der politischen Bühne zu verabschieden.
- *Zweitens der Faktor Deutschland,* weil die Bundesrepublik sowohl angesichts ihrer Ressourcen als größte Volkswirtschaft der EU als auch angesichts ihres eher nüchternen und unaufgeregten


Krisenmanagements (Merkels „Maß und Mitte“) europaweit als glaubhafter Impulsgeber gelten würde – zumal wenn sie mit solidarischen und finanziellen Vorleistungen antritt.

„Der Neustart wird allerdings nur dann erfolgreich sein, wenn die deutsche Ratspräsidentschaft nicht das Bild vermittelt, ein deutsches Europa anzustreben, sondern vielmehr ein europäisches Deutschland.“

Der Neustart wird allerdings nur dann erfolgreich sein, wenn die deutsche Ratspräsidentschaft nicht das Bild vermittelt, ein *deutsches* Europa anzustreben, sondern vielmehr ein *europäisches Deutschland*. Nur letzteres wird auf andere Mitgliedstaaten positiv ausstrahlen und sie zu einem konsonanten Vorgehen

und zum Einsatz für das gemeinsame Projekt Europa animieren, welches ebenso effektiv wie bürgernah und zukunftsfest sein sollte. Andernfalls drohte die EU tatsächlich an dem Corona-beförderten nationalegoistischen Gebaren der Mitgliedstaaten unterzugehen.

Corona-Krise als Gipfelpunkt

Um den Bogen zum Ausgangspunkt zurückzuspannen: Die Pandemie wird sowohl auf politischer als auch auf gesellschaftlicher und europäischer Ebene zu Umbrüchen und womöglich Paradigmenwechseln führen. Doch sind dies Umwälzungen, die sich als schwelende Konflikte bereits längerfristig angekündigt haben und heute unversehens eine existenzielle Phase erreichen. Daher sollte die Corona-Krise als der finale Weckruf an Entscheidungsträger, aber auch an uns Bürger aufgefasst werden, sich die grundlegenden Werte unserer Gesellschaftsordnung zu vergegenwärtigen und Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen: auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Die Alternative wäre eine vollkommene Unsicherheit in allen Belangen des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Nicht mehr und nicht weniger. 



© MESTER

China, Covid-19 und Hongkong

von Dr. Saskia Hieber

IM VERGANGENEN JAHR konnte die Volksrepublik China den 70. Gründungstag am 1. Oktober mit einer kolossalen Militärparade feiern. Sie demonstrierte so Machtanspruch und Selbstbewusstsein. Modernste Waffensysteme wurden vorgestellt, Chinas Einheit und seine technologische Zukunftsfähigkeit beschworen. Die Machtbündelung auf Präsident Xi Jinping als Präsident, Parteichef und Leiter der Zentralen Militärkommission konzentrierte sich. Weitgehend solitär herausgestellt, ohne von dem ansonsten durchaus sichtbaren Ständigen Politbüro der Kommunistischen Partei umringt, leitete er die Parade. Doch schon 2019 zeichneten sich Herausforderungen und Krisen ab, die dem nächsten Etappenziel auf Xi Jinpings herausstechenden Erfolgsweg, dem 100. Jubiläum der Kommunistischen Partei Chinas 2021, schaden könnten: Eine Wirtschaftsdelle in Folge der Handelsdispute mit den USA, ein Rückgang des Wirtschaftswachstums, die Diskussionen über Chinas 5G-Technologie und seinen digitalen Kontrollanspruch, die Proteste in Hongkong, die internationale Kritik an Chinas technologischer Überwachung und an dem Umgang mit Uiguren in Xinjiang.

60 Millionen unter Quarantäne

Zum Jahresbeginn 2020 erreichte die Partei- und Staatsführung erst ein kleines Ärgernis, dann eine große Katastrophe: Die Peking-kritische Präsidentin Tsai Ing-wen wurde im Januar 2020 in Taiwan mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt, und in der Stadt Wuhan verbreitete sich das neuartige Coronavirus. Erste Warnungen im Dezember 2019 wurden unterdrückt. Doch am 31. Dezember informierte Chinas Seuchenbehörde das Peking-Büro der Weltgesundheitsorganisation WHO – ohne genauere Kenntnisse über Ansteckungs- und Übertragungswege zu haben. Drei Wochen später hatte die Zentralregierung durchgegriffen und die Stadt Wuhan und die Provinz Hubei unter Quarantäne gestellt. 60 Millionen Menschen und ein Gebiet von der Größe eines europäischen Staates waren eingeschlossen. Vermutlich haben die Stadt- und Parteiführung in Wuhan und die Provinzregierung Hubeis zu spät reagiert, nachweisbar Anfang Januar noch große Versammlungen zugelassen und gezögert, die sich abzeichnende Verschlimmerung der gesundheitlichen Lage nach Peking zu melden. Schlechte Nachrichten aus den Provinzen hört man in der Hauptstadt ungern. Nun hat China zumindest die erste Welle Covid-19 im internationalen Vergleich vorgeblich gut überstanden. Dagegen sehen sich die USA in der globalen Corona-Krise katastrophalen Fall- und Todeszahlen, einem Versagen des Gesundheitssystems



Fiebermessung von Passanten am Bahnhof von Wuhan im Januar 2020

© Chinanews.com / Creative Commons CC BY

und einem rabiaten Einbruch der Wirtschaft gegenüber. Die Corona-Pandemie ist eine ökonomische und soziale Katastrophe für die gesamte Welt, aber es trifft nicht alle Länder und Regionen gleich stark.

Chinas Aufstieg

Das provoziert Fragen nach der Widerstands- und Zukunftsfähigkeit und Attraktivität von politischen Systemen. Die Krise des Westens, der Jahrzehnte nach eigenen Vorstellungen die internationalen politischen und wirtschaftlichen Strukturen bestimmte, wird durch Covid-19 verstärkt. Neu sind die Debatten nicht. Amerikas Niedergang und die Polarisierung der Gesellschaft wurden durch Donald Trump zusätzlich angetrieben. Der globale Süden, die sich erfolgreich entwickelnden, großen Schwellenländer fordern mehr Mitsprache und Entscheidungsmacht. Dies alles begünstigt Chinas Aufstieg. Peking versteht es, seinen Macht- und Interessenanspruch regional und international zu erweitern und zu festigen. Chinas Aktivitäten im Südchinesischen Meer wird kaum etwas entgegengesetzt. Die Parteiführung versteht, die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu versammeln, oder zumindest einzuschüchtern. Viele Chinesen sehen das Südchinesische Meer selbstverständlich als eigenes Territorium und sind mit den Maßnahmen ihrer Regierung zur Bekämpfung der „Drei Übel“ (Terrorismus, Separatismus und Extremismus) einverstanden. Im Blick auf Hongkong taucht unter Chinas Studenten die Frage auf, warum sie denn demonstrierten, sie hätten doch schon so viele Freiheiten.

Sonderstellung Hongkongs

Die Sonderverwaltungszone Hongkong ist Finanzplatz, Waren- und Kapitaldrehscheibe. Die Abwicklung über Hongkong war der bevorzugte Weg für chinesi-



Die Hongkonger Polizei ging am 1. Oktober gegen demonstrierende Studenten mit Tränengas vor.

© Studio Incendo / flickr.com / CC BY 2.0


sche und internationale Geschäftsleute. Geschichte, politische Sonderstellung und ökonomisches Profil Hongkongs verlieren allerdings an Bedeutung, seit die chinesische Regierung beispielsweise Shanghai als Finanz- und Börsenzentrum etabliert und im Zuge der Seidenstraßeninitiative „Belt and Road“ (BRI) andere Handels- und Logistikzentren aufbaut. Geschichte und strategische Lage der Hafenstadt bedingten seinen Sonderstatus, dieser schuf allerdings nicht nur dem offiziellen Business gute Bedingungen, sondern auch einigen grauen und schwarzen Geschäften. Hongkong ist auch bekannt für seine Mafia und Geheimgesellschaften, die sich für politische Zwecke einbinden ließen und lassen. Das 2019 angekündigte Auslieferungsgesetz (nach China) richtete sich nicht nur gegen Demonstranten, Kritiker und Intellektuelle, sondern auch gegen Kriminelle, Geldwäscher, Drogenhändler und von Peking als solche bezeichnete „Terroristen“.

Breiter Konsens

Hongkong gehört zu China. Die britische Kolonialokkupation verletzte die souveränen Rechte Chinas. Ob der Hafen mit seinem Umland aber nach dem Willen Pekings als fester Bestandteil der Volksrepublik eingegliedert werden muss, ist eine andere Frage und seinen Bewohnern zu überlassen. Bemerkenswert an den Demonstrationen gegen Pekings Versuche, die Aufgabe Hongkonger Sonderrechte zu erzwingen, ist der breite Konsens in allen Gesellschaftsschichten und Al-

tersgruppen. Familien mit Kinderwagen, Geschäftsleute, Lehrer, Studenten mit ihren Großeltern: Alle marschierten millionenfach durch Hongkong. Als die Gewalt der Studentenproteste im November 2019 zunahm und die Hongkonger Polizei die Stadt in Tränengas badete, versuchten Eltern und Professoren ihre Kinder und Studenten aus den von der Polizei abgeriegelten Zonen zu holen. Gewalt und Zerstörung lehnen viele ab. Doch die Erfahrung, mit welcher Brutalität die Hongkonger Polizei vorgeht, hat für Solidarität mit den Studenten gesorgt, auch mit jenen in der ersten Reihe. Die zeitliche Dauer, die breite Unterstützung der Bevölkerung, die Verhärtung der Fronten und die Ungeschicklichkeit der Verwaltungsleitung in Hongkong und der Führung in Peking machen diese Proteste jedoch zum Signal für eine politische Konfrontation, die auch in anderen chinesischen Regionen sichtbar werden könnte. Die Hongkong-Proteste zeigen, dass nicht mehr alles dem „Business“ untergeordnet wird. Nicht alle Hongkonger sind zuvorderst und einzig an Geschäft und Gewinn interessiert. Viele sind bereit, für ihre Freiheiten und Rechte zu kämpfen, einige wollen sie notfalls auch mit Gewalt verteidigen. Andere fürchten um den Finanzplatz und Immobilien-Hotspot.

Fehlende Attraktivität

China ist Großmacht, Wirtschaftssupermacht, Technologiemacht, Weltraummacht, Zukunftsmacht, etc. Es hat „sharp power“, aber keine „smart power“. Drei entscheidende Faktoren fehlen in der strategisch durchgeplanten Politik: Attraktivität, Transparenz und die langfristig nachgewiesene Fähigkeit, international zur Bewahrung von Frieden und Stabilität nachhaltig beizutragen. Die wirtschaftlichen Folgen von Covid-19 und die Entwicklungen in Hongkong werden nicht das Ende des „Chinesischen Traums“ herbeiführen, aber Pekings Macht- und Erfolgsansprüche verteuern und verzögern. 



© MESTER

Populisten und Extremisten im Windschatten der Corona-Krise

Politische Extremisten jeglicher Couleur nutzen die Corona-Pandemie zur Verbreitung von Desinformationen und Verschwörungstheorien.

von Dr. Michael Schröder

RECHTS- UND LINKSEXTREMISTEN sowie Islamisten versuchten sofort nach dem Auftauchen des Coronavirus auf das Thema aufzuspringen und damit weitere Anhänger für sich zu gewinnen. In Krisenzeiten sind Verschwörungstheorien besonders beliebt, weil sie eine einfache Erklärung für komplexe Sachverhalte liefern. Viele Menschen sind durch die schwierige Realität überfordert und suchen nach schlichten Feindbildern, die die Welt in schwarz und weiß aufteilen.

So verbreiten Rechtsextremisten im Netz die Ansicht, hinter der „Corona-Panik“ stecke „der Jude“, weil er als Geldverleiher von der ausgelösten Wirtschaftskrise profitiere. Neonazistische Verschwörungstheoretiker gehen davon aus, dass das Virus eine biologische Waffe sei, die insbesondere ältere, weiße Menschen tötet.

Virus als „Soldat Allahs“

Linksextremisten rufen dazu auf, sich jetzt zu organisieren und Pläne für die Zeit nach Corona zu schmieden. Der etwaige Zusammenbruch von Wirtschaft und Gesellschaft solle genutzt werden, um mit Plünderungen und Sabotagen den Wiederaufbau der öffentlichen Ordnung zu verhindern und das gesamte System zu stürzen.

Auch Islamisten reagieren auf die Pandemie. Sie sehen das Virus als Werk eines strafenden Gottes. Für islamistische Gruppierungen ist das Virus „der Soldat Allahs.“ Es diene dem zionistischen Ziel, die Zahl der Menschen zu reduzieren. Zionismus sei ein 5.000 Jahre altes Bakterium, das den Menschen Leid gebracht habe. So sieht es jedenfalls der türkische Politiker Fatih Erbakan, Sohn des inzwischen verstorbenen Führers der „Milli-Görüs-Bewegung“ und ehemaligem türkischen Ministerpräsidenten Nacmettin Erbakan.

Populismus auf YouTube

Sie nennen sich „Corona-Rebellen“: Populistische YouTuber schimpfen im Internet über die Macht der Virologen, sehen hinter den staatlichen Maßnahmen eine



© MESTER

Verschwörung, eine „Corona-Diktatur“, die den Bürger entmündigen soll. Mit Falschnachrichten und dubiosen Lungenexperten sammeln sie Millionen von Klicks.

Zur Masse dieser Desinformanten zählt auch die Webseite „Ichbinanderermeinung.de“, die seit dem 9. April 2020 – zunächst ohne Impressum – existiert. Dort sammeln sich nicht nur Menschen, die der legitimen Meinung sind, dass die befristeten Einschränkungen der Grundrechte zu weit gehen und grundlegende Freiheitsrechte bedroht sind. Darunter sind eben auch Rechtspopulisten und Rechtsextreme, Linksautonome, Verschwörungstheoretiker, Esoteriker und Impfgegner.

Hinter „Ichbinanderermeinung.de“ stecken Lothar Hirnise und Klaus Pertl. In einer „Stern“-Reportage über alternative Krebsheiler wird Hirnise 2014 als



Der alternative „Krebsheiler“ Lothar Hirnise betreibt die Desinformationsseite „Ichbinanderermeinung.de“.

© Screenshot

„einer der Großen der radikal-alternativmedizinischen Szene“ und als „Pharmaindustrie-Verschwörungstheoretiker“ beschrieben. Hirnise gab bereits verschwö-

rungstheoretischen Medien wie KenFM und Rubikon Interviews. Seine Behauptungen sind teils irreführend, teils veraltet und teils schlicht falsch.

So heißt es zum Beispiel pauschal, ältere Menschen dürften nicht spazieren gehen und würden in ihren Zimmern eingesperrt. Es sei generell verboten, allein im Park spazieren zu gehen oder Fahrrad zu fahren – Tätigkeiten, die zu keinem Zeitpunkt verboten waren.

Fehlende Belege

Die Seite will den Eindruck erwecken, für sehr viele Menschen zu sprechen. Von einer „Bürgerbewegung“ ist die Rede und von „einem großen Team enthusiastischer Menschen“. Belege dafür fehlen allerdings.

Auch Politiker der AfD verbreiten Fake News zu Corona und sprechen von einer „Corona-Hysterie“. Hansjörg Müller ist Bundestagsabgeordneter und Vizechef der bayerischen AfD und Anhänger des rechtsextremen „Flügels“ seiner Partei. In Videos prophezeit er eine Massenverarmung in Deutschland und Selbstmorde unter Firmeninhabern. Er äußert Zweifel an wissenschaftlichen Erkenntnissen und Statistiken, etwa zu den Corona-Toten in Italien.

Die bayerische AfD-Landeschefin und Bundestagsabgeordnete Corinna Miaza spricht in einem Video von „Polizeipatrouillen“ und „Passierscheinen“. Sie warnt vor „Zwangsimpfungen“ und einer „drohenden Währungsreform“. Der deutschen Wirtschaft würde „der Garaus gemacht“, so Miaza. Auf ihrem YouTube-Kanal sagt sie: „Dann wird es wirklich zappenduster. Wir könnten uns unserer gesamten wirtschaftlichen Existenzgrundlage berauben.“

Zweifel an der Demokratie

Die Strategie ist durchsichtig: Der AfD sind in der aktuellen Nachrichtenlage ihre Themen abhandengekommen und sie steht wie die anderen Oppositionsparteien derzeit nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Aus dieser Not macht sie eine „Tugend“ und schürt Ängste. Mit ihren Zweifeln an handelnden Regierungspolitikern in Bund und Ländern sät sie auch generelle Zweifel am demokratischen System.

Der Datenanalyst Philip Kreißel hat Videos und Artikel erfasst, die von professionellen Faktenprüfern als irreführend oder falsch gekennzeichnet wurden, und untersucht, wie sie sich in sozialen Netzwerken verbreiten. Demnach wurden allein 18 Videos, die Fehlinformationen über das Coronavirus enthalten, bis zum 10. April 2020 mehr als zwölf Millionen Mal auf der Videoplattform YouTube angesehen.

Und Fakes haben Folgen in der Realität: In Großbritannien wurden mehr als 20 Mobilfunkmasten beschädigt, nachdem der ÖDP-Europaabgeordnete Klaus Buchner behauptet hatte, der Mobilfunkstandard 5G schwäche das Immunsystem und fördere die Verbreitung des Virus. Verschwörungstheoretiker hatten den Post geteilt.



Ken Jebsen verbreitet auf seinem YouTube-Kanal „KenFM“ Verschwörungstheorien.

© Screenshot KenFM

Einer der zentralen Verbreitungskanäle ist YouTube. Dort werden Videos von professionellen Journalisten überprüft und entfernt, die irreführende oder gefährliche Inhalte zum Coronavirus verbreiten. Facebook blendet Hinweise ein und reduziert so die Reichweite von irreführenden Beiträgen.

Faktenchecks helfen nur wenig

Eine Studie des Reuters-Instituts für Journalismusforschung an der Universität Oxford vom April 2020 kommt zu dem Ergebnis, dass 59 Prozent der untersuchten Falschnachrichten nicht komplett frei erfunden waren. Sie enthielten durchaus zutreffende Fakten, die aber in falsche Zusammenhänge gebracht wurden. In vielen Fällen verbreiten Politiker und Prominente diese Desinformationen weiter. Auf Twitter ist es z. B. Hans-Georg Maaßen, der als falsch entlarvte Nachrichten teilt und sie damit einem größeren Publikum zugänglich macht. Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist ein wichtiger Influencer in rechts-konservativen Kreisen.

Faktenchecks helfen bei Anhängern von Verschwörungstheorien allerdings nur eingeschränkt. Im Gegenteil: Löscht YouTube ein Video, gilt das gerade als Beweis für seine Richtigkeit und Glaubwürdigkeit. Die Auswertung von Kreißel zeigt: 45 Links mit Falschmeldungen haben auf Facebook fast eine halbe Million Likes und Kommentare ausgelöst. Mit den entsprechenden Faktenchecks interagierten Nutzer im selben Zeitraum nur 28.000 Mal. Die Desinformation erzeugt also 16-mal mehr Reaktionen als die Korrektur. 

Pandemien in der Geschichte: infektiöse Düfte, Sterne und Quarantäne

Covid-19 ist nicht die erste Pandemie der Geschichte. Die Menschen versuchen seit Jahrhunderten, sich gegen Seuchen zu schützen. Manche Szenarien erinnern an die Corona-Gegenwart.

von Dr. Michael Mayer

AM 31. JANUAR 1890 berichtete der New York Herald über die seit kurzem grassierende Russische Grippe, die sich seit 1889 aus Zentralasien kommend über das Zarenreich nach Westeuropa und in die USA ausbreitete. Als Ursache für die Krankheit wurde, so gab der New York Herald die Ansicht eines Mediziners wieder, das elektrische Licht angesehen. Dies sehe man daran, dass sich die Krankheit vor allem in den Städten verbreite, wo es seit einigen Jahren elektrisches Licht gebe, während auf dem Land kaum Fälle der Russischen Grippe bekannt seien.

Tücher gegen die Pest

Schon seit Jahrhunderten gibt es die unterschiedlichsten Theorien zur Ursache von Epidemien und Pandemien. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war dabei die Miasma-Theorie vorherrschend. Schon Hippokrates von Kos war der Ansicht, dass Krankheiten durch verunreinigte Luft entstünden. Das griechische Wort Miasma bedeutet „übler Dunst“, Verunreinigung oder Ansteckung. Wenn es zu Fäulnisprozessen in Luft oder Wasser komme, so der weitverbreitete Glaube, würden Menschen krank. Ziel der Medizin müsse es



Der Hygieia-Brunnen im Innenhof des Hamburger Rathauses erinnert an die Cholera-Epidemie von 1892.

© Ichwarsnur / CC BY-SA 4.0



Zutritt ohne Gesichtsmaske ist in der Tram verboten während der Spanischen Grippe in den USA.

© Public domain

deshalb sein, die Luft wieder rein zu machen. Dies tat man, indem etwa Kräuter verbrannt oder Essenzen in die Luft gesprüht wurden. Während der Pest-Pandemie im 14. Jahrhundert hielten sich die Menschen deshalb auch Tücher vor den Mund – eine frühe Form der Gesichtsmaske –, um sich vor dem „Pesthauch“ zu schützen.

Verseuchtes Trinkwasser

Während der Cholera-Epidemien in Europa im 19. Jahrhundert führte diese falsche Vorstellung zu sehr widersprüchlichen Entwicklungen. Der britische Gesundheitspolitiker Edwin Chadwick ordnete beispielsweise 1832 nach dem Auftreten erster Krankheitsfälle von Cholera in London an, Abwässer und Verschlämmungen aus den übel riechenden Abwasserkanälen in die Themse zu spülen. Das sollte die faulenden Substanzen bekämpfen. Ungewollt wurde so aber das Trinkwasser der britischen Hauptstadt verseucht, da viele Unternehmen das von ihnen verkaufte Wasser aus der Themse gewannen. Die Folge war eine Cholera-Epidemie mit 14.000 Toten. Als aber im heißen Sommer 1858 der Gestank des Londoner Abwassersystems unerträglich wurde und die Gesundheit auch der wohlhabenden Schichten bedroht schien, wurde die Kanalisation grundlegend saniert. So wollte man den Miasmen entgegenzutreten.

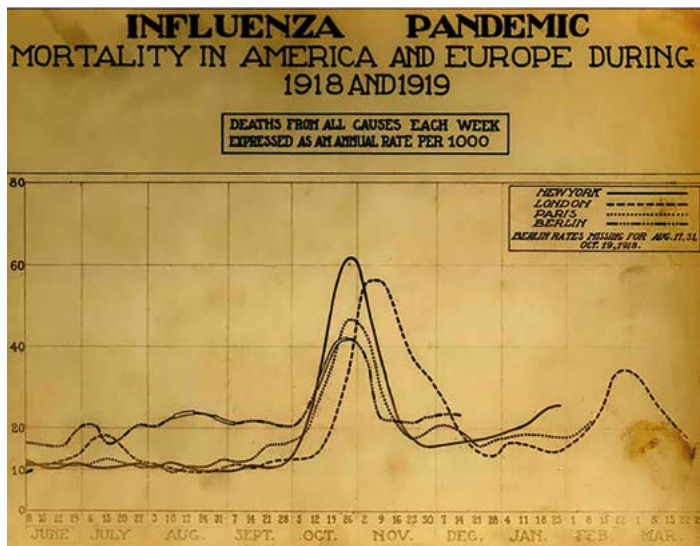
8.000 Cholera-Tote in Hamburg

Ähnlich war dies etwa in München. Hier veranlasste der Chemiker und Hygieniker Max von Pettenkofer zur Bekämpfung der „krankmachenden Düfte“ in den

1870ern Jahren eine aufwändige Sanierung des Münchener Abwassersystems. Damit konnte er trotz der Cholera-Epidemie von 1892, die in Hamburg mehr als 8.000 Todesopfer forderte, einen Ausbruch der Krankheit in München verhindern – obwohl gleichzeitig viele Menschen zum Oktoberfest angereist waren. Die Diagnose war somit in London wie in München irrig, doch das Gegenmittel schlug an.

Giftgas als Ursache

Doch selbst im 20. Jahrhundert hatte die Miasma-Theorie noch viele Anhänger. Als die Spanische Grippe im Frühjahr 1918 auf der Iberischen Halbinsel grassierte – im Mai 1918 waren bereits acht Millionen Spanier erkrankt –, glaubten dort viele, dass der millionenfache Gebrauch von Sprengstoff und Giftgas an den europäischen Fronten die Luft vergiftet hätte und die Menschen deshalb erkrankten würden. Der Wind hätte die Krankheit dabei direkt von den Schlachtfel-



Sterberaten während der Spanischen Grippe in den USA und Europa 1918/19

© Courtesy of the National Museum of Health and Medicine / Gemeinfrei

dern in Frankreich nach Süden geweht. Die Pandemie würde sogar noch schlimmer wüten, so nahmen manche an, wenn sie nicht durch die verschneiten Pyrenäen abgemildert worden sei. Zeitgleich erklärte Kathleen Lynn, Public Health Direktorin der irischen Partei Sinn Féin: „In France and Flanders the poisonous matter from millions of unburied bodies is constantly rising up into the air, which is blown all over the world by the winds.“

Seuchen und Sterne

Epidemien und Pandemien, so glaubte man, standen jedoch auch mit den Gestirnen in Zusammenhang. Auf dem Höhepunkt der Pestwelle beauftragte der französische König Philipp VI. im Jahre 1348 Astrolo-

gen in Paris damit, die Ursache für die Krankheit zu ermitteln. Die Forscher machten letztlich eine besondere Konstellation der Planeten Mars, Jupiter und Saturn aus, die im Jahre 1345 zu einer Veränderung der Luftbeschaffenheit geführt habe. Die Astrologen versuchten damit also insgesamt, eine „rationale“ Erklärung für die aktuelle Pandemie zu finden. Auch italienische Forscher glaubten seit dem 16. Jahrhundert, dass Epidemien und Pandemien durch Bewegungen von Planeten, Kometen und Meteoriten verursacht würden. Der Einfluss des Himmels, die *influenza coeli*, stand dabei Pate für unser Wort „Influenza“.

Essig im Pestschnabel

Welche Maßnahmen wurden in der Geschichte ergriffen, um die Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern? Schon während der Pest-Pandemie des 14. Jahrhunderts wurde in Europa das „social distancing“ geübt. Sehr schnell hatten die Menschen verstanden, dass sie sich bei anderen anstecken konnten. Viele flohen aus den Städten aufs Land oder in die Wälder. Doch trugen sie damit oftmals die Pest in entlegene Gebiete. Zugleich wurden die Häuser von Pestkranken manchmal mit Brettern vernagelt. Wenn das Mitleid noch ausreichte, wurden die Bewohner der Häuser mit Körben, die Nahrungsmittel enthielten und über Seile in die oberen Etagen der Häuser gezogen wurden, versorgt. Oft genug aber wurden die Kranken ihrem Schicksal überlassen. Ärzte versuchten, Infizierten nicht zu nahe zu kommen und verwendeten Stöcke zur Untersuchung. Auch Priester verabreichten Hostien über sogenannte Hostienstangen. Zum Schutz vor Ansteckungen trug man oftmals Pestschnäbel, die mit Essigschwämmen oder wohlriechenden Essenzen gefüllt waren, um den infektiösen Düften entgegenzuwirken.



Pesthaube für Ärzte aus dem 17. Jahrhundert mit dem typischen Pestschnabel

© Anagoria / CC BY 3.0

Grippeferien und Quarantäne

Formen der Quarantäne wurden nicht nur während der Pest-Pandemie im 14. Jahrhundert, sondern sogar noch im 20. Jahrhundert praktiziert. So kam es in der Bundesrepublik Deutschland bis in die 1970er Jahre zu Schulschließungen aufgrund von Polio-Epidemien. Während der Spanischen Grippe gab es im Herbst 1918 sogar vierwöchige „Grippeferien“ an deutschen Schulen. Auch bei Pocken-Epidemien wurden regelmäßig lokale Quarantänemaßnahmen angeordnet, so zuletzt 1970 im nördlichen Sauerland.

Auch die Astronauten der Apollo 11-Mission wurden 1969 aus Sicherheitsgründen einer 17-tägigen Quarantäne unterworfen.

Bekannte Strategien

Neben der Quarantäne wurden insbesondere während der Spanischen Grippe weltweit Maßnahmen ergriffen, die uns heute nur zu geläufig sind. In der Regel wurden Schulen, Theater und Kirchen geschlossen, ebenso wurde die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel eingeschränkt. Reisende, die an Seehäfen oder Bahnhöfen ankamen, wurden unter Quarantäne gestellt. Daneben wurde das Ausspucken auf offener Straße bestraft. Krankenhäuser richteten Isolierstationen ein, zudem gab es Informationskampagnen für die breite Öffentlichkeit. Zumeist wurde dabei zum Gebrauch von Taschentüchern beim Niesen und zum regelmäßigen Händewaschen geraten. Auch sollte man Menschenansammlungen meiden und viel lüften. In vielen Ländern, insbesondere in Japan, wurde die Bevölkerung aufgefordert, eine Maske aus Gaze zu tragen. In Paris wiederum wurden die Metro-Stationen und Theater mit Unmengen an Chlorbleiche desinfiziert.



Nies-Etikette anno 1925 in den USA

© H.J.H. / Poster by Rensselaer County (New York) Tuberculosis Association / Gemeinfrei

Verfrühte Grenzöffnung

Einzelne Länder schotteten sich rigoros gegenüber der Außenwelt ab. Australien etwa, das von der ersten Welle der Spanischen Grippe nur wenig betroffen war, konnte im Sommer 1918 beobachten, wie die zweite Welle der Pandemie langsam über den Erdball kroch. Die australischen Behörden schlossen deshalb im Herbst 1918 sämtliche Grenzen. Ankommende Schiffe wurden unter Quarantäne gestellt. Mit diesen Maßnahmen konnte ein größerer Ausbruch der Spanischen Grippe im Land verhindert werden. Doch öffneten die australischen Behörden im Januar 1919 verfrüht ihre Grenzen. Die dritte Welle der Spanischen Grippe traf das Land deshalb im Frühjahr 1919 mit voller Wucht. 19.000 Australier starben an der Krankheit.

Höchste Sterberate auf Westsamoa

Anders war die Situation in der deutschen Kolonie Westsamoa, die 1914 von neuseeländischen Truppen erobert worden war. Hier gingen die neuseelän-

dischen Behörden davon aus, dass eine Quarantäne überflüssig sei. Truppentransporter aus Auckland schleppten die Spanische Grippe schließlich auf die Insel. Ein Viertel der Bevölkerung starb daran. Es handelt sich um die weltweit höchste Sterberate während der Spanischen Grippe. Auf den Philippinen, wo im Sommer 1918 ein Drittel der Hafenarbeiter in Manila erkrankt war, glaubte die US-Besatzungsmacht indes, dass die Krankheit aus dem eigenen Land stamme. Sie unterließen deshalb weitere Maßnahmen. 80.000 Filipinos starben in der Folge.

Pandemien als Fremdes

Wie verliefen Epidemien und Pandemien in der Geschichte? In der Regel gab es drei Phasen. In einer ersten Phase rückte eine Epidemie oder Pandemie bedrohlich näher, erste Fälle von Erkrankungen traten auf. In dieser Phase wurde die Epidemie oder Pandemie in der Regel als etwas Fremdes gesehen. So sprach man beispielsweise lange von Syphilis als „Morbus Gallicus“. In den USA wiederum werden die Masern als „German Measles“ tituliert. Noch in den 1980er Jahren bezeichneten manche HIV abwertend als „Schwulenpest“. Ziel dieses „Otherings“ ist es, die Verantwortung für eine Krankheit von sich zu weisen. Gleichzeitig wird der Eindruck erzeugt, als wäre man selbst nicht davon betroffen. So wird ein fatales Gefühl von Sicherheit kreiert. Dies geschah während der HIV-Epidemie in den USA etwa dadurch, dass ein „Patient 0“ gesucht wurde, der die Krankheit vermeintlich in das Land gebracht hätte. Letztlich machte man einen kanadischen Steward aus, der durch seine Sexualkontakte angeblich viele Menschen infiziert hätte. Radikale Lösungen wie etwa eine „Kasernierung“ von Homosexuellen wurden vorgeschlagen, um die Epidemie zu bekämpfen. Dabei wurde aber geflissentlich übersehen, dass die Krankheit Heterosexuelle ebenso wie Homosexuelle betraf. Letztlich reagierte etwa die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Deutschland mit einer Informationskampagne und konnte so die Verbreitung der Epidemie begrenzen. Ähnlich war dies in anderen Staaten.

Gefährliche Verharmlosung

Während der zweiten Phase von Epidemien und Pandemien steigen die Infektionszahlen exponentiell an, die Krankheit befindet sich damit mitten in der Gesellschaft. Besonders Wohlhabende versuchten, einer Infektion zu entgehen, indem sie in ihre Landhäuser oder Zweitwohnungen flohen. Gleichzeitig wurde die Krankheit vielfach mit der Begründung verharmlost, diese betreffe nur die Randgruppen der Gesellschaft, etwa Arme oder Prostituierte. Sollten die Kranken aber in größerer Zahl vorhanden sein, so mussten staatliche Maßnahmen ergriffen werden, um insbesondere die wohlhabenderen Kreise zu schützen.

Dies zeigte sich etwa nach dem Amerikanischen Bürgerkrieg in den Südstaaten der USA. Die befreiten ehemaligen schwarzen Sklaven wurden seit 1865 vielfach zum Beispiel in Lagerhäusern untergebracht. Sanitäre Einrichtungen oder medizinische Versorgung gab es nicht. Als nun Epidemien unter den in diesen Massenunterkünften lebenden Schwarzen ausbrachen, griffen staatliche Gesundheitsbehörden nicht ein. Die Beamten waren der Ansicht, dass ehemalige Sklaven aus biologischen Gründen kein Leben in Freiheit führen könnten. Sie seien ohne weiße Vorherrschaft aufgrund ihrer „Natur“ dazu verdammt, elendig zugrunde zu gehen. Würde man den Menschen Hilfe zukommen lassen, so würde dies in die Natur eingreifen und den Prozess der „Auslese“ nur stören. Im US-Repräsentantenhaus erklärte deshalb der demokratische Abgeordnete Samuel Sullivan Cox: „No government farming system, no charitable black scheme, can wash out the color of the negro, change his inferior nature, or save him from his inevitable fate.“

Notfallkrankenhäuser


Nach einigen Monaten drohten die Infektionen jedoch auch auf Wohngebiete von Weißen in den Südstaaten überzugreifen. Nun befasste sich die Freedmen's Bureau Medical Division mit den grassierenden Seuchen. 120 Ärzte wurden entsandt, um sich um die vier Millionen befreiten Schwarzen zu kümmern. Mangel-

rolina eine Pocken-Epidemie ausbrach, fürchteten die Beamten des Freedmen's Bureau, dass die Seuche auf andere Teile des Landes übergreifen könnte. Doch anstatt in eine bessere medizinische Versorgung zu investieren, wurde das Krankenhaus schlichtweg niedergebrannt, um den Erreger so zu bekämpfen.

Letztlich mussten sich die Schwarzen selbst helfen. Rebecca Lee Crumpler, seit 1864 die erste afro-amerikanische Ärztin in den USA, hatte für das Freedmen's Bureau gearbeitet. Ihre Erfahrungen schrieb sie 1883 in ihrem Buch „A Book of Medical Discourses“ nieder, mit dem sie sich direkt an die schwarze Gemeinschaft richtete. Hier erläuterte sie die Grundlagen von Hygiene, um regelmäßig auftretende Epidemien wie die Cholera zu bekämpfen.

Suche nach Schuldigen

Die dritte Phase von Epidemien und Pandemien betrifft die Zeit nach dem Abklingen der Seuche. Nun entstanden Narrationen, um vermeintlich Schuldige für den Ausbruch der Krankheiten zu finden. So wurde etwa behauptet, dass HIV in einem Labor entwickelt und hier (gewollt oder ungewollt) entkommen sei. Ähnlich wird dies aktuell in Hinblick auf SARS-CoV-2 und ein Labor in Wuhan behauptet. Andere sprachen von einer göttlichen Strafe dafür, dass in die Natur eingegriffen wurde. Doch neben diesen Sinnstiftungsversuchen wurde eine Epidemie oder Pandemie nach ihrem Abklingen in der Regel zum Opfer von Witzen, bevor sie dem Vergessen anheimfiel. Nach dem Ende der Hongkong-Grippe frotzelten die Menschen in der Bundesrepublik 1968 etwa, Udo Jürgens habe unverhofft abgenommen, während Uschi Glas ihre Nächte ungewollt alleine im Bett verbracht habe.

Wie viel Öffentlichkeit vertrug eine Epidemie in der Vergangenheit? Nach dem Abklingen der Russischen Grippe erklärte ein Mediziner in London den Reportern des New York Herald am 10. März 1899, dass man über derartige Krankheiten lieber schweigen solle: „It draws too much public attention to it, and that is a very bad thing. Just as army officers hate to have their movements betrayed to the enemy, so we doctors, in fighting an epidemic, do not want the public to know too much about it. The public is too easily scared. (...) There is such a thing, you know, as worrying yourself into a fever, by imagining you have got it.“ Die goldene Regel jeder erfolgreichen Seuchenbekämpfung – die Aufklärung der Menschen über die Gefahren der Krankheit – wurde von Medizinern lange nicht als relevant erachtet. 



Militärnotfallkrankenhaus während der Spanischen Grippe in Kansas

© Courtesy of the National Museum of Health and Medicine, Armed Forces Institute of Pathology, Washington, D.C., United States / CC BY 2.5

haft ausgestattete Notfallkrankenhäuser wurden errichtet. Doch bei einer Besserung der Lage wurden diese Kliniken auch rasch wieder geschlossen – angeblich, um eine „Gewöhnung“ der Schwarzen an staatliche Fürsorgemaßnahmen zu vermeiden. Zugleich griff man im Einzelfall zu radikalen Maßnahmen. Als in einem Freedmen's Hospital in North Ca-

rolina eine Pocken-Epidemie ausbrach, fürchteten die Beamten des Freedmen's Bureau, dass die Seuche auf andere Teile des Landes übergreifen könnte. Doch anstatt in eine bessere medizinische Versorgung zu investieren, wurde das Krankenhaus schlichtweg niedergebrannt, um den Erreger so zu bekämpfen.

70 Jahre Soziale Marktwirtschaft und 30 Jahre Deutsche Einheit

Bilanz und Perspektiven des deutschen Modells

Mit der Sozialen Marktwirtschaft wurden in Deutschland die Einheit und die Finanzkrise gemeistert. Doch die Corona-Pandemie könnte die schwerste Rezession der Nachkriegsgeschichte auslösen. Ist das deutsche Modell dafür gewappnet? In unserer Tagung haben Ökonomen und Politikwissenschaftler darüber diskutiert.

ES WAR ZUGLEICH Wolfgang Quaissers letzte öffentliche Fachtagung vor dem Ruhestand, der im Januar 2021 beginnt. Viele Weggefährten aus Ökonomie und Politikwissenschaft kamen nach Tutzing, um sein Lieblingsthema zu erörtern, das durch die Corona-Krise kaum aktueller sein könnte.

Corona als Herausforderung

„Die Corona-Krise ist eine große Bewährung für die Soziale Marktwirtschaft. Die Weltwirtschaft ist in einer Schockstarre“, sagte Hans-Werner Sinn. Der ehemalige Präsident des Münchner ifo-Instituts war online zugeschaltet. Weltweit seien Produktion und Handel noch stärker als in der Weltwirtschaftskrise 1929 eingebrochen. Ende Februar und Anfang März sei durch Corona aber auch eine Finanzblase geplatzt, die sich durch die Nullzinspolitik der Zentralbanken infolge der Weltwirtschaftskrise 2008 aufgepumpt habe. Die Börsen seien zwar weltweit zunächst stark eingebrochen, doch hätten sich die Kurse bemerkenswert schnell erholt. Sie befänden sich nun in einer wellenartigen Seitwärtsbewegung, denn die Hoffnung auf eine rasche Erholung würde durch die Angst vor einer zweiten Corona-Welle abgelöst.

Besorgniserregende Staatsschulden

Die massiven Interventionen der Zentralbanken und die staatlichen Rettungsprogramme seien verständlich, so Sinn. Doch würden sie die Staatsverschuldung weiter in die Höhe treiben. Deutschland könne dies zwar noch bewältigen, denn über die letzten zehn Jahre habe man die Schulden wieder auf ein



Hans-Werner Sinn konnte nur virtuell an der Tagung teilnehmen (links Tagungsleiter Wolfgang Quaisser).

erträgliches Maß zurückgeführt. In Südeuropa sei dies aber nicht der Fall. Sollten beispielsweise die italienischen Staatsschulden wie prognostiziert auf 140 Prozent der Wirtschaftsleistung steigen, wäre dies besorgniserregend. Mittel- und langfristig befürchtet Sinn steigende Inflation und/oder wachsende Spekulationsblasen. Es sei zu befürchten, dass „Maß und Mitte“ verloren gingen. Die EU müsse zwar helfen, doch würden die enormen Summen (750 Mrd. Euro) faktisch gemeinsam haftend finanziert. Dies könne später zu großem Streit führen.

Geschichte der großen Krisen

Der aktuelle Wirtschaftseinbruch sei für Großbritannien der schwerste seit der Hungersnot von 1706, so der Wirtschaftshistoriker Harold James von der Princeton University. Vergleiche man die sieben großen Krisen in der Wirtschaftsgeschichte, dann werde deutlich, dass ihnen jeweils grundlegende Änderungen der Gesellschaft und Wirtschaftspolitik folgten. So habe der Erste Weltkrieg nicht nur die politische Landkarte verändert, sondern auch zu sehr unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Reaktionen geführt. Die USA und Großbritannien hätten zunächst eine strenge Fiskalpolitik verfolgt, Deutschland, Österreich und Ungarn dagegen eine expansive Geld- und Fiskalpolitik. Mögliche Probleme wurden in Kauf genommen, um revolutionäre Gefahren zu bannen. Die Hyperinflation der 1920er Jahre sei die Folge gewesen.

James sieht uns in einer der schwersten Krisen. Sollte sie bald vorüber sein, könnten die Schäden begrenzt werden. Bei langer Dauer werde es massive Probleme

geben. Für die Europäische Union berge die Corona-Krise ein enormes Spaltpotenzial in sich: Auf der einen Seite hätten die Länder Nordeuropas die Finanzkrise 2008 überwunden und seien jetzt finanziell gut aufgestellt. Dagegen müsse dem Süden Europas, dem dies nicht gelungen sei, jetzt durch europäische Wiederaufbaufonds geholfen werden.



Harold James sieht uns in einer der schwersten Krisen der Wirtschaftsgeschichte.

© Winterer / Böttger (APB)

Große Strukturprobleme

Michael Grömling vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln machte deutlich, dass sich die deutsche Ökonomie nicht erst seit Ausbruch der Pandemie in einer Konjunkturkrise befindet. Zwar habe die Covid-19-Krise die deutsche Industrie stark getroffen. Doch sei die deutsche Industrieproduktion bereits seit dem ersten Quartal 2018 gesunken. Das Produktionspotential sei schon damals nicht ausgelastet gewesen. Grömling nimmt an, dass der Tiefpunkt der Krise bereits im zweiten Quartal 2020 erreicht war. Er glaubt jedoch nicht an eine schnelle Erholung.

Längerfristig werde man von einer Struktur- und nicht Konjunkturkrise sprechen, so Michael Grömling. Denn Deutschland stehe vor massiven Herausforderungen, wie der Digitalisierung und dem demographischen Wandel. Ein zentrales Problem sei, dass sich in Deutschland und Europa im Vergleich zu den USA und Asien nur sehr wenige große globale Unternehmen befinden. Hans-Werner Sinn verbreitete dagegen verhaltenen Optimismus: „Die Wirtschaft kann sich schnell wieder erholen. Der Ifo-Konjunkturindex signalisiert Besserung.“ Die Erholung werde jedoch nicht rasch zum alten Niveau führen und eher einem langsameren Wachstumspfad folgen. Der Ausblick des Kapitalmarktexperten Hartmut Bechtold war pessimistischer: Er erwartet nach dem Höhepunkt der Pandemie eine große Anzahl an Insolvenzen, eine Stagnation des Wirtschaftswachstums und steigende Inflationsraten.

Herausforderungen am Arbeitsmarkt

Der positive Trend der Arbeitsmarktentwicklung der letzten Jahre, der sich in einer Reduzierung der Arbeitslosenrate und der Zunahme der Erwerbstätigen widerspiegelte, wird durch die gegenwärtige Corona-Krise jäh unterbrochen, konstatierte Ulrich Walwei, der Vizedirektor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg. So sei die Zahl der

Erwerbslosen im Zuge der Krise bis Juni 2020 um ca. 600.000 Personen auf über 2,8 Millionen Personen und die Arbeitslosenquote von ca. fünf auf über sechs Prozent gestiegen. Die Lage wäre weitaus dramatischer, würde nicht das



Ulrich Walwei: Deutscher Arbeitsmarkt vor großen Herausforderungen

Kurzarbeitergeld die Beschäftigten noch in den Unternehmen halten. Schätzungen zufolge würde es etwa sieben Millionen Kurzeitarbeitende geben. „Gleichzeitig erleben wir einen beschleunigten Strukturwandel durch Globalisierung, Digitalisierung und Dekarbonisierung“, sagte Walwei. Der stelle den Arbeitsmarkt vor neue Herausforderungen.

Deshalb dürfe man nicht nur konjunkturell auf diese Krise antworten, sondern müsse auch eine investive Arbeitsmarktpolitik (Bildung, Weiterbildung, Beratung und Vermittlung) verfolgen.

Wirtschaftliche Transformation

Eine zentrale Frage der Tagung war, ob sich die Soziale Marktwirtschaft in der deutschen Wiedervereinigung bewährt und inwiefern sie als Vorbild für die Transformationsprozesse in Osteuropa und in China gedient hat. Auf die Entwicklung in Ostdeutschland ging Joachim Ragnitz vom ifo-Institut Dresden ein. Die rasche Einführung der Wirtschaftsunion vor 30 Jahren am 1. Juli 1990 hätte den Ostdeutschen zwar über Nacht die lang ersehnte D-Mark gebracht, doch der unrealistische Umtauschkurs (bei Löhnen 1 zu 1) und die rasche Lohnangleichung der folgenden Jahre hätten zu einem dramatischen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit und einem beispiellosen Niedergang der ostdeutschen Industrie geführt.

Die Soziale Marktwirtschaft sei zwar in der Lage gewesen, die Härten durch die Sozialsysteme aufzufangen, doch seien der Verlust der Arbeitsplätze und der damit empfundene soziale Abstieg ein einschneidendes Erlebnis für viele Ostdeutsche gewesen. Der Zusammenbruch des Osthandels und die enormen Schwierigkeiten der Privatisierung durch die Treuhandanstalt hätten die Stimmung weiter verschlechtert. Der frühere Akademiedirektor Heinrich Oberreuter machte deutlich, dass nicht nur die wirtschaftlichen Probleme dazu führten, dass die Soziale Marktwirtschaft nach 30 Jahren im Osten eine geringere Akzeptanz als im Westen habe. Es seien auch mentale Probleme, die nach 40 Jahren Diktatur und staatlicher Bevormundung die ostdeutsche Bevölkerung zu einer skeptischen Bewertung des westlichen

Modells führten. Beispielhaft nannte Oberreuter die Schwierigkeiten der Umgestaltung der Hochschul-landschaft in Ostdeutschland aufgrund eigener Erfahrungen, die mit erheblichen Brüchen in den Lebensbiographien einhergingen.

Langsame Konvergenz

Dennoch müsse die Deutsche Einheit als Erfolg gewertet werden, so Ragnitz, denn mit der Zeit setzte eine wirtschaftliche Erholung ein und enorme Infrastrukturprojekte im Straßen-, Schienen- und Städtebau seien realisiert worden. Trotz gewaltiger Anstrengungen sei die wirtschaftliche Konvergenz Ostdeutschlands im Vergleich zu Westdeutschland jedoch nur langsam vorangekommen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrage nur ca. 70 Prozent des Westniveaus, pro Beschäftigten jedoch schon ca. 80. Das verfügbare Einkommen liege nominal bereits bei 85 Prozent und erreiche real (unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten) sogar schon 92 Prozent des Westniveaus.



Joachim Ragnitz: Dramatischer Verlust der Wettbewerbsfähigkeit und beispielloser Niedergang der ostdeutschen Industrie

Dies sei aber nur durch Transfersysteme zu erklären. Eine vollständige Konvergenz werde wohl schwer zu erreichen sein. Weitere Strukturförderung und Wachstumspolitik seien für Ostdeutschland sinnvoll, zumal die Überalterung der Bevölkerung eine dynamische Wirtschaftsentwicklung erschwere.

Ostmitteleuropa im Wandel

Der ehemalige Finanzminister und stellvertretende Premierminister Polens, Leszek Balcerowicz, wagte als erster in Ostmitteleuropa den Sprung in die Marktwirtschaft. Er machte in seinem Vortrag deutlich, dass zunächst die Grundlagen der Marktwirtschaft (freie Preise, stabile Währung, Privateigentum) geschaffen werden mussten. Sozialpolitik stand zunächst im Hintergrund.

Klaus Ziemer, ehemaliger Direktor des Deutschen-Historischen Instituts in Warschau, würdigte Balcerowicz's Bedeutung für Polen. Die Schocktherapie habe zwar hohe soziale Kosten verursacht, doch kein Pole wünsche sich die alten Verhältnisse zurück. Die sozialpolitischen Maßnahmen könnten teilweise den Erfolg der populistischen PIS-Regierungen erklären. Dies könne nun keine Regierung mehr so einfach rückgängig machen, so Piotr Pysz

von der Hochschule für Finanzen und Management in Białystok. Er betonte, dass jetzt die Investitionen in öffentliche Güter (u. a. Gesundheitswesen) stärker ins Bewusstsein rückten. Heinz-Jürgen Axt (ehem. Universität Duisburg-Essen), stellte in einem Vergleich zwischen Polen und Griechenland heraus, wie wichtig die Bekämpfung des Klientelismus sowie der Aufbau wettbewerbsfähiger Strukturen und eines leistungsfähigen Sozialsystems für die Stabilität politischer Systeme seien.

Chinas eigener Weg

Markus Taube (Universität Duisburg-Essen) zeichnete den einzigartigen „institutionellen Wandel“ und eigenen Weg der Volksrepublik China nach. Eine kapitalistische Wirtschaftswei-



Markus Taube: „China wird Europa bald ökonomisch überholen.“

se wurde im Rahmen eines kommunistischen Systems etabliert. So seien nach dem Tod Maos 1976 langsam Bottom-Up-Unternehmen entstanden und ab 1992 habe sich das Land in Richtung Marktwirtschaft und Kapitalismus orientiert. China sei hinter den USA und der EU die drittgrößte Wirtschaftsmacht und würde bald Europa überholen.

Es habe einige Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft übernommen.

Heute bewege sich China von unseren Vorstellungen von Markt und Handel weg und verfolge ein proaktives und aggressives Konzept. Ein Beispiel dafür sei die „Neue Seidenstraße“, ein Transportweg auf Schienen nach Europa. So könne an den einzelnen Stationen durch Weiterverarbeitung Wertschöpfung entstehen. China verankere so aber auch sein eigenes Ordnungskonzept entlang der Handelswege. Das Land setze seine eigenen Qualitätsstandards, ökologischen Vorgaben und technischen Normen. Viele Volkswirtschaften würden sich mittlerweile an China orientieren. Taubes These: „Wandel durch Handel passiert heute nicht mehr von West nach Ost, sondern von Ost nach West – durch ökonomische Anreize.“ Der Systemwechsel finde entlang der „Neuen Seidenstraße“ statt. Europa müsse sich künftig dem chinesischen Einfluss stellen.



Janina Böttger

Beate Winterer

Wolfgang Quaiser

(siehe auch Presseschau Seite 33 sowie Neuerscheinungen Seite 34)

Livestream statt Hörsaal: Zukunftsfragen der „Künstlichen Intelligenz“

Unsere Akademie und die Technische Hochschule Nürnberg haben ihre Ringvorlesung über „Künstliche Intelligenz“ in Zeiten der Corona-Beschränkungen ins Internet verlegt – ein Semesterrückblick.

„KÜNSTLICHE INTELLIGENZ erkennt Covid-19“, „Elon Musk warnt vor Drittem Weltkrieg durch KI“ oder „Brauchen wir Bürgerrechte für Roboter?“. Informatik-Professor Florian Gallwitz zitierte diese Schlagzeilen – und zeigte: Mal werden mit Künstlicher Intelligenz (KI) Hoffnungen verbunden, mal Ängste geschürt.

Schon 1964 hatte der SPIEGEL mit dem vermeintlichen Schreckgespenst „Automation in Deutschland“ auf der Titelseite gemutmaßt, dass Roboter Arbeitskräfte ersetzen würden. 2017 hatte das Nachrichtenmagazin zum wiederholten Male nachgezogen: „Sie sind entlassen!“ stand auf dem Titel. In seinem Vortrag ging Gallwitz auf die Vor- und die Nachteile von

KI ein und zeigte pointiert auf, wo die Informatik derzeit steht. Sein Fazit: „Nicht überall, wo Künstliche Intelligenz draufsteht, ist auch wirklich Künstliche Intelligenz zu finden.“ Oftmals werde das Etikett verwendet, weil es sich gut zu Werbezwecken einsetzen lasse. Auch in der Wissenschaft sei so einfacher an Forschungsgelder zu gelangen.

Überwältigende Resonanz

Im Sommersemester 2020 beleuchteten fünf Experten KI aus den verschiedensten Blickwinkeln – wegen der Corona-Pandemie als Livestream im Netz, statt im Hörsaal an der TH Nürnberg, wo man sonst Studierende, Wissenschaftler, die Medien- und Digitalbranche sowie die interessierte Bevölkerung zusammenbringt. Statt über 100 Besucher vor Ort erreichten die Veranstalter so immerhin ein Publikum von zum Teil über 1.000 Zuschauerinnen und Zuschauern. „Die Resonanz ist überwältigend“, freut sich daher Medien-Professor Markus Kaiser, der die Ringvorlesung organisierte, egal ob digital oder klassisch-analog.

Als Dirk Kiefer, Direktor beim IT-Beratungsunternehmen CGI Deutschland, über selbstlernende Chatbots sprach, gab es Live-Schalten nach Bangalore



Florian Gallwitz: „Mit Künstlicher Intelligenz sind Hoffnungen und Ängste verbunden.“

© Kaiser



Beim Vortrag von Dirk Kiefer gab es Live-Schalten nach Bangalore und Brüssel.

und Brüssel, um Expertinnen und Experten zu Wort kommen zu lassen. Wer zusah, konnte via Twitter und in den YouTube-Kommentaren Fragen an die Referenten stellen, die diese dann während ihres Vortrags beantworteten.

KI immer präsenter

In den vergangenen Jahren wurde Künstliche Intelligenz immer präsenter in sozialen und digitalen Medien. Industrie- und Entwicklungsländer ergreifen Maßnahmen, um auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle einzunehmen. Im Eröffnungsvortrag im April gab Niraimathi Appavu-Gauss vom Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen in Dresden einen Einblick in



© GERD ALTMANN/PIXABAY.COM

KI und die Struktur dahinter (siehe auch Akademie-Report 2-2020, S. 22). Was ist künstlich an dieser Intelligenz und warum ist sie plötzlich so wichtig? Wie sollten sich die Industrien vorbereiten, um in einer KI-Welt ihren Weg zu finden, in der ihre derzeitigen Geschäftsmodelle nicht mehr funktionieren? „Um darauf Antworten zu finden, ist es wichtig, sich mit Künstlicher Intelligenz zu beschäftigen“, forderte Appavu-Gauss.

Regeln erforderlich

Weil KI in immer mehr Bereiche des Lebens vordringt, bietet sie die Chance, einen neuen Zugang zum Recht zu eröffnen. „Sie kann Basis dafür sein, dass auch Personen mit wenigen Ressourcen zu ihrem Recht kommen“, erläuterte der Erlanger Rechtsanwalt Baltasar Cevc. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass uns Computerintelligenz gleichzeitig vor Herausforderungen stellt: Ihre Systeme sind aus sich heraus kaum verständlich, und dennoch sind wir als Gesellschaft gefordert, ihnen Regeln zu setzen. Wir benötigen Vorgaben im Umgang mit autonomer Entscheidungsfindung, zum Beispiel beim Verhalten von selbst fahrenden Autos kurz vor einem Unfall. Außerdem können

auch datenbasierte Entscheidungen diskriminierend wirken – etwa beim Zugang zum Wohnungsmarkt oder in einen Beruf.

Digitalisierte Wertschöpfung

Roland Frank ist Professor für Medien- und Kommunikationsmanagement an der Mediadesign Hochschule München. Unter dem Motto „Künstliche Intelligenz in der Content-Produktion: Wie Algorithmen die Medienbranche verändern“ gab er einen Überblick über mögliche Einsatzszenarien in der Medienbranche und den aktuellen Stand der Umsetzung. Eines ist dabei sicher: In Fragen der Digitalisierung war die Medienbranche schon immer einen Tick schneller als andere Branchen. Neue Produktionssysteme, individualisierte Werbeformen und digitale Vertriebsformen wurden häufig zunächst in den Medien ausgetestet. Die Wertschöpfungskette von Unternehmen wie Netflix gilt bereits heute als nahezu vollständig digitalisiert: von der Entwicklung der Ideen über die Produktion bis hin zur Ausspielung der Inhalte. Und so verwundert es nicht, dass der Einsatz der KI in der Medienbranche voranschreitet: Auf tausende einzelne Städte zugeschnittene Wetterberichte, Liveticker von Fußballspielen, Empfehlungssysteme bei Audio- oder Video-Angeboten, Jugendschutzfilter – das übernimmt schon jetzt nicht mehr der Mensch alleine, und in naher Zukunft wahrscheinlich gar nicht mehr. Doch es kann auch zu weit gehen: Im Sommer 2017 hatten sich zwei Chatbots bei Facebook tatsächlich in ein Gespräch vertieft – und dabei eine Geheimsprache entwickelt, die kein Programmierer mehr nachvollziehen konnte. Sie hatten nur noch eine Möglichkeit: den Bots den Stecker zu ziehen.



Markus Kaiser
Sebastian Haas

Unter <https://www.youtube.com/channel/UC1x2KI48gNG3JXFu38KP6pw> sind alle Vorträge der Ringvorlesung „Künstliche Intelligenz“ aus dem Sommersemester 2020 abrufbar. Die Ringvorlesung des Studiengangs Technikjournalismus/Technik-PR der Technischen Hochschule Nürnberg wurde mitveranstaltet von der Akademie für Politische Bildung, den Nürnberger Nachrichten, dem Nürnberg Digital Festival, der Nürnberger Initiative für Kommunikation (NIK), den CommClubs Bayern und dem Deutschen Institut für Change-Prozesse und digitale Geschäftsmodelle.



Meinungsfreiheit: Streit um ein Grundrecht

Premiere beim Forum Verfassungspolitik: Die Kooperation der Akademie mit dem früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier fand erstmals online statt. In diesem Jahr befasste sich die Tagung mit einer der wichtigsten Voraussetzungen einer funktionsfähigen Demokratie, der Meinungsfreiheit.

DAS BUNDESVERFASSUNGSGERICHT hat in der Lüth-Entscheidung aus dem Jahr 1958 dieses in Artikel 5 des Grundgesetzes verbürgte Grundrecht als „unmittelbarsten Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft“ eingestuft. Für eine freiheitliche demokratische Ordnung sei es „schlechthin konstituierend“. Denn erst die Meinungsfreiheit ermögliche „die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der Lebenselement dieser Staatsordnung ist“.

Kein Grundrecht mit Vorrang

Die Art und Weise und das Ausmaß der derzeitigen öffentlichen Auseinandersetzung, insbesondere in den digitalen Netzwerken, haben dieses fundamentale Grundrecht ins Blickfeld gerückt. Der Frankfurter Verfassungsrechtler und Rechtsphilosoph Uwe Volkmann erörterte zwei Leitbilder anhand des Umgangs mit der Meinungsfreiheit in den USA und in



© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

Deutschland: Beim amerikanischen Modell setzt sich das Recht auf „free speech“ grundsätzlich gegen andere Rechte durch; im deutschen Modell steht der Grundsatz der Abwägung der Meinungsfreiheit mit anderen Rechten, wie zum Beispiel dem Schutz der Ehre, im Vordergrund, so Volkmann. In Deutschland habe kein Recht einen grundsätzlichen Vorrang vor einem anderen, stattdessen gehe es um den konkreten Einzelfall. Er erinnerte angesichts der aktuellen Diskussionen über die Meinungsfreiheit auch an die wichtige Steuerungswirkung der Verfassung. Das Grundgesetz sei kein „Grundbuch“, sondern habe eine symbolische Bedeutung und erzieherischen Effekt.

Kein Änderungsbedarf

Hans-Jürgen Papier erinnerte an die „Herrschaft des Rechts“ und die staatliche Justizgewährung. Er appellierte, das geltende Recht effizient auch im Internet durchzusetzen. Er wandte sich gegen die Idee, die bestehenden Grenzen der Meinungsfreiheit zu verändern. Das Diskussionsklima habe sich auch nicht dra-

„Das Strafrecht der Bundesrepublik ist Täterstrafrecht, kein Gesinnungsstrafrecht.“

Hans-Jürgen Papier



Auch das Forum Verfassungspolitik gab es dieses Jahr im digitalen Format: Hans-Jürgen Papier (im Hintergrund) bei seinem Online-Vortrag.

© Winterer (APB)

matisch verschärft, wenn man sich zum Beispiel Äußerungen im Bundestag in den 1950er, 60er und 70er Jahren anschaut. Zudem warnte Papier davor, das Strafrecht in Zusammenhang mit Meinungsäußerungen auszuweiten. Das Strafrecht der Bundesrepublik sei „Täterstrafrecht“, kein „Gesinnungsstrafrecht“.

„Der Rechtsstaat funktioniert, daher müssen wir Meinungsfreiheit nicht neu denken“, sagte auch der bayerische Justizminister Georg Eisenreich. Er regte hinsichtlich des Verhältnisses von Ehrschutz und Meinungsfreiheit jedoch an, über Neujustierungen nachzudenken. Eisenreich sagte, Politiker müssten auch starke Kritik aushalten. Nur frage er sich, ob die Hürden nicht zu hoch seien, eine Äußerung als Schmähkritik zu klassifizieren (bei der der Schutz durch die Meinungsfreiheit entfällt). Man müsse darüber diskutieren, wenn Äußerungen, bei denen der Schwerpunkt auf der Diffamierung des Gegenübers liegt, durch eine großzügige Auslegung dann doch als „politischer Debattenbeitrag“ gekennzeichnet werden.



Bayerns Justizminister Georg Eisenreich hält die Hürden für Schmähkritik für zu hoch.

© Mark Noormann / CC BY-SA 3.0 DE

„Die Rechtskultur und politische Kultur in Deutschland sind in Ordnung“, so Wolfram Weimer, Gründer der Weimer Media Group und ehemaliger Chefredakteur der Welt, von Cicero und Focus. Die Meinungsfreiheit sei eher gefährdet durch einen übereifrigen Gesetzgeber. Er blickte dabei insbesondere auf das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, welches Anbietern digitaler Netzwerke bestimmte Pflichten in Zusammenhang mit der Bekämpfung strafbarer Inhalte im Internet auferlegt. Weimer wies darauf hin, dass dieses Gesetz zur Folge habe, dass die Betreiber entsprechender Plattformen in vorausgehendem Gehorsam auch zulässige Inhalte löschen, um hohen Bußgeldern zu entgehen. Dies führe zu Selbstzensur und Einschränkungen der Meinungsfreiheit.



Wolfram Weimer ist skeptisch gegenüber dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz.

© Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0

Gero Kellermann

(siehe auch Presseschau Seite 32 sowie Neuerscheinungen Seite 34)

THEMA | POLITISCHE KOMMUNIKATION

Nicht nur Sprache: Was (noch) hinter Meinungsbildung steckt

Unsere Meinungen – auch und vielleicht vor allem unsere politischen Meinungen – reagieren auf Impulse, die sie von der Gesellschaft erhalten, absorbieren sie und lassen sich von ihnen prägen. Dass in diesem Prozess der politischen Meinungsbildung der Sprache eine besondere Rolle zukommt, ist bekannt. Sie ist dabei nicht der einzige Faktor, der Meinungen prägt.

IM FOKUS der anfänglich unter dem Titel „Kommunikation gestaltet Politik: verbale und nonverbale Elemente der Meinungsbildung“ in der Akademie ge-

planten Tagung standen die unterschiedlichen Aspekte der Welt der Kommunikation und ihre Beziehungen zu der sowie ihre Einflüsse auf die Konstruktion der politischen Meinung.

Der Ausbruch der Corona-Krise hat ein neues Element hinzugefügt, das nicht unberücksichtigt bleiben darf, wenn es um die Effekte geht, die einen Einfluss auf die Bildung unserer politischen Meinung haben. Deshalb wurde der Titel der Tagung, die dann tatsächlich im Online-Format stattfand, zu „Kommunikation gestaltet Politik: verbale, nonverbale (und Corona-bedingte) Elemente der Meinungsbildung“ angepasst. So wurde signalisiert, dass die aktuelle Krise aus sehr unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden kann.

Die Veranstaltung teilte sich in einen ersten, einführenden und einen zweiten, vertiefenden Teil, der sich seinerseits drei unterschiedlichen Bereichen der Welt

der Kommunikation widmete. Die Betrachtung dieser drei Bereiche, nämlich Architektur, Film und Presse, die als besonders repräsentative, allerdings auf keinen Fall als vollständige Teile der Kommunikationswelt verstanden werden können, hatte zum Ziel, zu ergründen, ob, wie und wie tief diese Bereiche ihren Einfluss auf die Konstruktion der (politischen) Meinungsbildung ausüben.

Architektur, Film und Presse

Welche Beziehung verbindet Architektur und Politik? Beeinflussen Filme unsere Sicht auf die Politik? Und kann sich die Politik ihrerseits künstlerische Strategien zunutze machen? Wie lassen sich die Verbindungen zwischen Kunst und Politik in die Praxis umsetzen? Dies sind einige der Ausgangspunkte, von denen aus unsere Veranstaltung startete, um sich sowohl durch praktische, visuelle Beispiele als auch durch theoretische Erläuterungen bis in die Tiefe des Themas fortzuentwickeln.

Unterhaltung und Information

Einführend stellte Larissa Leonhard anhand der Präsentation eines Forschungsprojekts zum Thema der Politikvermittlung an der Schnittstelle zwischen Unterhaltung und Information den Unterschied zwischen „hedonischen“ und „eudaimonischen“ Modellen der Verarbeitung politischer Informationen in einem Unterhaltungskontext dar. Sie zeigte den Unterschied zwischen Prozessen, für die eine oberflächlichere Verarbeitung von Medieninhalten im Mittelpunkt steht,

und Prozessen, bei denen „spezifische kognitive und affektive Faktoren“ eine elaboriertere Verarbeitung jener Inhalte ermöglichen.

Als Auftakt des zweiten Teils der Veranstaltung zog Ludger Schwarte einen breiten Spannungsbogen, der Architektur und Philosophie zusammenbrachte und zeigte, wie Orte und Gebäude das Denken beeinflussen können. Danach präsentierte Schwarte auch einige bio-politische Überlegungen, die sich direkt auf die Corona-Krise und vor allem auf die soziale Rolle von Krankenhäusern bezogen.

Von der Architektur zum Kino: Viola Shafik zeigte unterschiedliche Beispiele von „zivilem Journalismus“ in der arabischen Welt im Rahmen des Themas „Filmkollektiv, Rebellion und Medienkritik“. Sie regte damit eine Diskussion an, wie sich die Art und Weise geändert hat, über unterschiedliche Fakten zu berichten, wieso, und welche besonderen Effekte dies hat oder haben könnte. Am Ende der online-Tagung zeigte Christian Schicha wie über Corona in den Medien berichtet wurde. Er fokussierte sich dabei auf die visuellen, sprachlichen und inhaltlichen Aspekte.



Medienwissenschaftler Christian Schicha über die Corona-Berichterstattung in den Medien
© KME19



© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

Trotz des digitalen Formats oder vielleicht noch mehr wegen desselben wurde im Lauf der Veranstaltung deutlich, wie, um unsere politischen Meinungen ernsthaft wahrzunehmen und einschätzen zu können, nicht nur die verbalen, sondern auch die nonverbalen Elemente der Kommunikation in Betracht zu ziehen sind, die diese auf eine vielleicht subtilere, aber genauso intensive Art und Weise prägen.

Roberta Astolfi

Das Beste aus Axel Hackes Welt

Vom Tangotanz im Supermarkt bis zu „Walter Wemuts Handreichungen für ein gelungenes Leben“. Die Themenpalette war breit gefächert bei der Lesung des Autors und SZ-Kolumnisten Axel Hacke. So bekamen die Zuschauer einen Einblick hinter die Gedanken des „freischaffenden Kommunisten“, wie er mal in einem Schülerreferat genannt wurde.

WO AXEL HACKE zu Gast ist, regnet es. Immer. Auch an diesem Abend. Statt wie geplant im Rosengarten sitzt er im Auditorium der Akademie. Deshalb nimmt er das Wetter mittlerweile persönlich. Egal wo er hinfährt: Es müsse jemanden geben, der sich fragt: „Na, wo reist Hacke diesmal hin?“ Seine Geschichten trübt das Wetter aber nicht.

Frau jemand und Fräulein einer

Er erzählt von seiner Frau Paola und dem „Partnerschaftspassiv“. Es gebe Familienmitglieder, die hießen „Herr man, Frau jemand und Fräulein einer“. Zum Beispiel, wenn es darum geht, den Müll rauszubringen: „Jemand muss mal den Müll rausbringen.“ Oder auch: „Man müsste mal die Christbaumkugeln in den Keller räumen.“ Die drei seien übrigens stinkfaul. Niemals seien sie überhaupt nur in Sicht. Den Gästen des Abends ist diese grammatikalische Form offensichtlich wohlbekannt. Trotz Mund-Nasen-Maske und Abstandsregel wurde herzlich gelacht.

Seine Kolumne „Das Beste aus aller Welt“ (anfangs: „Das Beste aus meinem Leben“) schreibt Axel Hacke seit Jahrzehnten für das SZ-Magazin. An manchen Tagen sitzt er aber zu Hause am Schreibtisch und weiß nicht, was er schreiben soll. Sein Sohn Luis bekommt das mit und fragt ihn auf der Fahrt in den Kindergarten, ob man sich selbst aussuchen könne, welchen Beruf man später einmal habe. Vater Hacke entgegnet: „Ja, Du kannst Dir selbst aussuchen, was du werden möchtest, je nachdem, was du gut kannst.“ Sein Sohn darauf: „Und warum hast Du Dir dann nicht was ausgesucht, was Du gut kannst?“ Diese morgendlichen Diskussionen über Gott und die Welt bringen Hacke ins Grübeln. Er nimmt seine Zuhörer auf seine Gedankenreisen mit. Zum Beispiel, wenn der hauptberufliche Nachrufschreiber Walter Wemut über ein gelungenes Leben nachdenkt.



Axel Hacke bot bei der Lesung eine breite Themenpalette seiner Kolumnen und Bücher.

© Schröder (APB)

Über den US-Präsidenten Trump denkt Hacke immer dann nach, wenn er sich mit dem Anstand beschäftigt. Nachdem Trump einen behinderten Journalisten bei einem Wahlkampfauftritt 2016 nachhächte, verfasste Hacke eine Kolumne ganz im Stil des mächtigsten Mannes der Welt. Urkomisch und absolut inhaltslos trägt Hacke seinen Monolog vor und vermeidet dabei gekonnt jeglichen Inhalt. Es sei eine „sehr, sehr tolle Sache“, was er da schreibe und er wäre „sehr, sehr begeistert“ von einer so „wahnsinnig spannenden und inhaltsreichen Kolumne“, die er bald schreiben werde. Anlass und Hintergrund dieses Textes ist das Gipfeltreffen von Trump mit dem nordkoreanischen Präsidenten Kim Jong-un im Jahr 2018, das auf Twitter mehr versprach als dann tatsächlich umgesetzt wurde.

Die Corona-Krise beschreibt Hacke als „Tango, den wir im Supermarkt oder auf dem Bürgersteig tänzeln, um ja nicht von möglichen Corona-Viren attackiert zu werden.“ „Coronieren“ ist seine neue Wortschöpfung für diese Art der Fortbewegung. Und so coronieren die Zuhörer dann mit ihren Masken durch den Regen zum Auto – und ahnen nichts Gutes für den bevorstehenden Sommer. Denn Axel Hacke hat sie gewarnt: „Diesen Sommer bleibe ich in München.“

Janina Böttger
Michael Schröder

Bücher von Axel Hacke

Wozu wir da sind. Walter Wemuts Handreichungen für ein gelungenes Leben, Verlag Antje Kunstmann 2019

Über den Anstand in schwierigen Zeiten und die Frage, wie wir miteinander umgehen, Verlag Goldmann 2018

Die Tage, die ich mit Gott verbrachte, Verlag Antje Kunstmann 2016

Das Kolumnistische Manifest, Verlag Goldmann 2016

**Mehr auf der Homepage:
<https://www.axelhacke.de/>**



Verpasste Gelegenheit: Akademie lehnte Schulung von Olympia-Hostessen ab

ALS EMMY SCHWABE, im Organisationskomitee der Olympischen Sommerspiele 1972 in München verantwortlich für den Hostessenservice, im November 1970 bei der Akademie die Durchführung von Schulungskursen für Hostessen anfragte, holte sie sich vom gerade neu berufenen Direktor Manfred Hättich eine lapidare Absage ein: Mit Hinweis auf die beschränkten Kapazitäten teilte er mit „daß wir Ihrer Bitte, in unserem Hause Schulungskurse für Olympia-Hostessen durchzuführen, nicht entsprechen können.“

Sehr schade, denn damit war eine gute Gelegenheit verpasst, die Kernkompetenz der Akademie an geeigneter Stelle gezielt und prominent einzubringen. Die Idee war gut: „In Anbetracht der verantwortungsvollen Tätigkeit der Hostessen erscheint uns eine gründliche Schulung dieses Personenkreises außerordentlich wichtig,“ hatte Schwabe geschrieben. Das Schulungspersonal sollte „aus Mitarbeitern des Organisationskomitees sowie Vertretern verschiedener mit politischer Bildung befaßter Organisationen“ bestehen. Es war vorgesehen, jede der insgesamt etwa 1.200 Olympia-Hostessen mindestens einmal zu einem Wochenendkurs einzuladen. Pro Schulung waren zwischen 45 bis 60 Teilnehmerinnen geplant.

Über 8.000 Bewerberinnen

Vielleicht hätte die Akademie so auch die spätere schwedische Königin Silvia zu Gast gehabt. Silvia Sommerlath hatte als Mitarbeiterin des OK und Olympia-Chef-Hostess im adretten föhnhimmelblauen Olympia-Dirndl-Look die Bekanntschaft ihres späteren Mannes Carl XVI. Gustaf von Schweden gemacht, den sie 1976 in Stockholm heiratete.

Für die Auswahl der rund 1.200 Hostessen suchte man Führungspersönlichkeiten für die anspruchsvolle Aufgabe. Es kamen vornehmlich Sprach- und Sportstudentinnen und Lehrerinnen in Betracht. Das OK bevorzugte mehrsprachige, attraktive, höfliche und belastbare junge Frauen mit Erfahrung im Sport. Es lagen schließlich rund 8.000 Bewerbungen aus aller

Welt vor. Bis August 1971 waren schließlich 1.300 Bewerberinnen ausgesucht worden, davon etwa ein Drittel aus München.

Um den Anforderungen ihrer Olympia-Tätigkeit gewachsen zu sein, hatten die künftigen Hostessen ein straffes und umfangreiches Lernprogramm vor sich.



Silvia Sommerlath, die spätere Königin von Schweden, als Hostess im offiziellen Olympia-Dirndl-Look

© Svensk Dam

Im Stile eines Fernlehrgangs waren Schulungsunterlagen im Selbststudium durcharbeiten: mit Fachwissen über die damals 21 olympischen Disziplinen, die Wettkampfstätten, Informationen über München und Kiel (Austragungsort der Segelwettbewerbe), das örtliche Verkehrswesen und den organisatorischen Aufbau und die Geschichte der Spiele selbst. Hinzu kamen Vor-Ort-Schulungen in den jeweiligen Einsatzstätten sowie die obigen Wochenendkurse.

Die Auserwählten traten mit Begeisterung ihren „Traumjob Olympia-Hostess“ an. Sie betreuten sprachgewandt und höflich Gäste und die insgesamt 7.170 Athleten und Athletinnen aus aller Welt oder übergaben Medaillen bei den Siegerehrungen.

Jähes Ende der heiteren Spiele

Unbeschwertheit und Leichtigkeit der „heiteren und farbenfrohen Münchner Sommerspiele“ fanden indes am Morgen des 5. September 1972 mit dem „Olympia-Attentat“, verübt durch die palästinensische Terrorgruppe „Schwarzer September“, ein jähes Ende. Der Albtraum des „Massaker von München“ dauerte 21 Stunden und forderte insgesamt siebzehn Menschenleben (11 Geiseln, 1 Polizist, 5 Terroristen). Inmitten von Schock, Wut und Trauer fiel dann der bekannteste und wohl auch umstrittenste Satz der Sportgeschichte: „The Games must go on!“ Avery Brundage, der damalige greise Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), hatte diesen Satz bei der Trauerfeier für die am Tag zuvor getöteten elf Mitglieder der israelischen Mannschaft gesagt – und die Olympischen Spiele gingen nach eintägiger Unterbrechung bis zum 11. September in gedrückter Stimmung weiter.



Steffen H. Elsner

Neue digitale Formate der Akademie

Während der Corona-bedingten Schließung haben die Direktorin und das wissenschaftliche Kollegium neue Formate im Internet entwickelt, die auch weiterhin auf der Homepage der Akademie zu sehen und zu hören sind.

Akademievorträge am See – im Netz

Die Direktorin und das wissenschaftliche Kollegium halten dreiteilige Vorträge aus ihrem Arbeitsbereich und stellen Bezüge zur Pandemie her.



Werkstattgespräche

Woran die verschiedenen Abteilungen der Akademie aktuell arbeiten, erzählen wir regelmäßig in der Video-Serie „Werkstattgespräch“.



Podcast

Im von unserer Pressereferentin Beate Winterer moderierten Podcast berichten Direktorin und Dozenten von aktuellen Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.



Akademiedirektorin Ursula Münch (links) bei der Aufzeichnung eines Podcasts mit Pressereferentin Beate Winterer
© Fieger (APB)

Online-Spiel Fischerei

Über das Videokonferenz-Portal Zoom können Interessierte mit Spielleiter Till Dechêne virtuell auf Fischfang gehen und nachhaltige Strategien für die Nutzung gemeinschaftlicher Ressourcen entwickeln. Wie viel Fisch soll ich fangen? Diese Frage stellen sich fünf Kapitäne und Kapitäninnen. Es geht um den Lebensunterhalt der eigenen Familie. Soll die maximale Fangquote ausgeschöpft und riskiert werden, dass der Fischbestand sich nicht mehr regeneriert? Oder reicht zum Überleben auch weniger, wenn sich dafür die Bestände wieder erholen können und langfristig die Existenz sichern?



MS



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Kuratorium

Josef Deimer, Altoberbürgermeister von Landshut, konnte im Juni sein 50-jähriges Jubiläum als Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags feiern. Wir gratulieren herzlich und bedanken uns für seine zahlreichen Impulse und Aktivitäten bei unseren kommunalpolitischen Programmen.

Beirat

Der Ring Politischer Jugend Bayern (RPJ) wird im Beirat der Akademie künftig durch seinen Präsidenten **Christian Doleschal** MdEP vertreten. Wir begrüßen ihn herzlich und freuen uns auf die Zusammenarbeit. Gleichzeitig bedanken wir uns bei seinem Vorgänger, Staatsminister a.D. **Dr. Hans Reichhart**, der zum Landrat in Günzburg gewählt wurde.

Virtuelle Welten

„ARE YOU REAL? Das fragt man sich momentan oft, wenn man Menschen unter der Maske sieht“, sagte Akademiedirektorin Ursula Münch bei der Vernissage zur neuen GEDOK-Ausstellung. Und dank vieler Videokonferenzen in den letzten Monaten bewegen wir uns seit Beginn der Corona-Krise auch verstärkt in virtuellen Welten. Insofern trifft der Titel der diesjährigen Ausstellung in der Akademie den Zeitgeist.

16 Künstlerinnen zeigen ihre Werke, die sich zwischen Realität und Fiktion bewegen. Die einen beschäftigen sich mit der Kuriosität, andauernd Fotos von sich selbst zu posten und mit dem Verschwimmen von Privatsphäre und Öffentlichkeit. Für andere ist das Digitale aber auch eine „Scheinwelt, in die man eintauchen kann, um seine Fantasien umzusetzen“, wie es Friedel Schreyögg, die Vorsitzende der GEDOK München, bei der Eröffnung formulierte. „Die Bilder begleiten uns das ganze Jahr und inspirieren



Akademiedirektorin Ursula Münch mit den Künstlerinnen vor der Vernissage in Corona-Zeiten
© Winterer (APB)

uns“, sagte Ursula Münch. Sie gibt zu: „Manchmal stoßen sie auch kontroverse Diskussionen an – aber das gehört zur Kunst dazu.“

Die Ausstellung ist bis zum Mai 2021 im Erdgeschoss der Akademie zu sehen, montags bis freitags von 8 bis 17 Uhr. Der Eintritt ist frei.

BW

AKADEMIE INTERN

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Roberta Astolfi M.A.

Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

Dr. Saskia Hieber

Internationale Politik, Schwerpunkt Asien-Pazifik

Dr. Andreas Kalina

Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer

Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz

Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Organisationsreferent

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.

Persönlicher Referent der Direktorin

Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Beate Winterer M.A.

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Satz & Druck Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.



© ANDREAS HERMSDORF/PIXELIO.DE

The European, 28. Juni 2020

Führen Anti-Hass-Gesetze zu Zensur?

Die Bundesregierung verschärft das Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Dabei warnt die Medienbranche eindringlich: Die Meinungsfreiheit wird durch „Overblocking“ bereits massiv eingeschränkt. In Frankreich ist das Parallelgesetz nun vom Verfassungsrat gekippt worden. In Tutzing sorgt eine Expertentagung für Aufsehen. ...

Die Bundesregierung setzt sich damit nicht nur gegen die Einwände der politischen Opposition im Bundestag (nur die Fraktionen von Union und SPD haben zugestimmt) durch. Auch aus der Medienbranche, der Kultur und der digitalen Wirtschaft gibt es massive Proteste. Die Verbände von Journalisten und Kulturtreibenden warnen vor einer Massenzensur durch „Overblocking“. ...

Auch in Deutschland beginnt nun die juristische Debatte um die neuen Gesetze und Grenzen der Meinungsfreiheit – so beim Forum Verfassungspolitik... Auf der Veranstaltung warnte der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier vor überflüssigen Gesetzen zur Einhegung der öffentlichen Kommunikation. Die Bundesrepublik sei gut damit gefahren, die Meinungsfreiheit weiträumig zu interpretieren und die „Sonne der Freiheit“ über „Weizen wie Disteln“ scheinen zu lassen. ...

Der bayerische Justizminister Georg Eisenreich verteidigte hingegen die neuen Gesetze. Es gebe seit einigen Jahren eine zunehmende Enthemmung der öffentlichen Debatte, bei Hass und Hetze dürfe der Staat nicht tatenlos zusehen. Auch der Staatsrechtler und Rechtsphilosoph Uwe Volkmann von der Goethe-Universität Frankfurt befürwortet die rechtliche Verschärfung öffentlicher Diskussion. Das Recht sollte

mehr erzieherische Impulse aussenden, um die Achtung von Personen zu stärken. Die Gerichte seien bei der Auslegung der Meinungsfreiheit zuweilen zu großzügig. Volkmann verwies auf das Urteil des Berliner Landgerichts im Beleidigungsprozess von Renate Künast. Auch der aktuell umstrittene Kommentar der „taz“ zu Polizisten sei jenseits der Grenze des Sagbaren. ...

Der Verleger Wolfram Weimer warnte auf der Tagung dagegen vor ungewollten Kollateralschäden in der Diskurslandschaft. Regelungen wie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz seien von der Politik gut gemeint, sie führten aber in der kommunikativen Praxis einer digitalen Gesellschaft zu erheblichen Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Es greife bei vielen Plattformen und digitalen Medien eine umfassende Löschbeflissenheit des vorausseilenden Gehorsams um sich. ...

Selbstzensur, „Overblocking“ und „Chilling effects“ seien bereits allenthalben spürbar. Immer häufiger meldeten auch Kulturschaffende, dass selbst Kunstwerke von Google und Facebook zensiert würden, weil sie angeblich gegen den Sexualkodex verstießen. Weimer wies auch darauf hin, dass Google auch über die Verteilung der Werbegelder mittlerweile Zensur steuere. Habe ein Medium vermeintlich anstößige Beiträge, dann blockiere Google die Werbegelder. Bei der marktbeherrschenden Stellung der Suchmaschine sei dies ein gravierender Eingriff in die innere Pressefreiheit. ...

Stefan Groß-Lobkowicz
(siehe auch Bericht auf Seite 25)

online unter...

<https://www.theeuropean.de/stefan-gross/bundestag-verschaerft-netzwerkdurchsetzungsgesetz-medien-warnen/>

Süddeutsche Zeitung, 10. Juli 2020

Die Welt danach

... Irgendwann müssen die Haushaltsdefizite wieder sinken. Der Anteil der Staatsschuld an der Wirtschaftsleistung (die „Schuldenquote“) darf nicht immer weiter steigen, soll das Gemeinwesen nachhaltig finanziert sein. Die Entscheidungen darüber, wie das zu erreichen sein wird, könnten sehr schmerzhaft werden, und Politik und Gesellschaft sollten sich heute schon darauf vorbereiten.

Zu dem Thema lohnt es sich, mit dem Wirtschaftshistoriker Harold James von der Universität Princeton zu sprechen. James kann zwar auch nicht sagen, was wird, wohl aber kann er analysieren, was in ähnlichen Fällen früher passiert ist. Der Lockdown sei eine der großen Krisen der Globalisierung.... Solche Krisen hätten stets radikale Umbrüche in Wirtschaft und Politik ausgelöst, und die jetzige werde das auch tun. ...

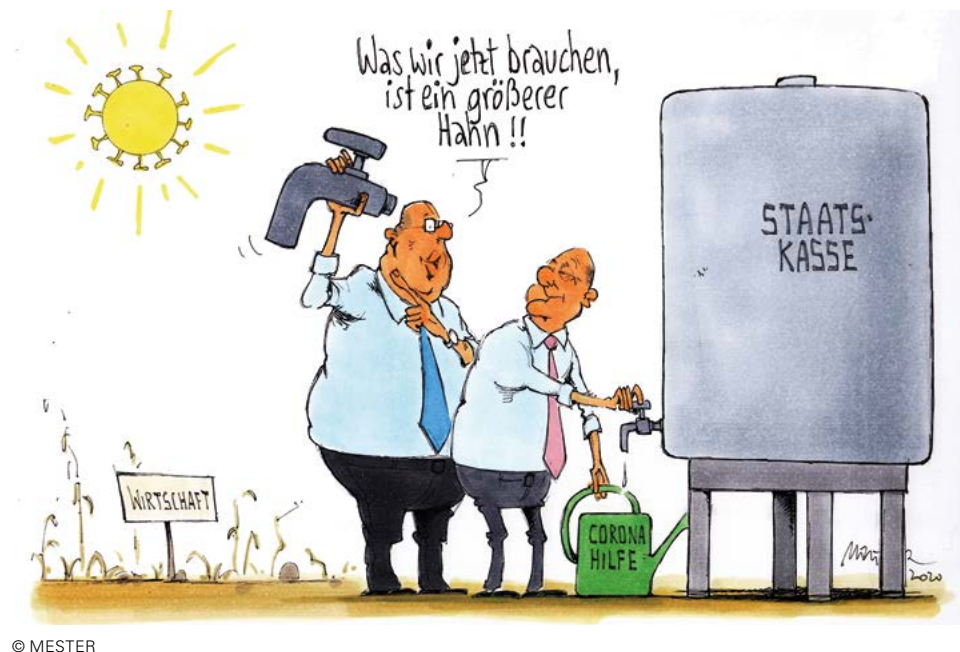
Die bisher schwerste Krise der Globalisierung aber war der Erste Weltkrieg. Der Welthandel brach zusammen, die Industrie in den kriegführenden Ländern produzierte kaum noch ökonomisch Nützliches, sondern vor allem Geräte, um Menschen totzuschießen und Zerstörung anzurichten. Aus Sicht der zivilen

Wirtschaft war das ein riesiger negativer Angebotsschock. Den Krieg finanzierten die Staaten mit Anleihen, die vor allem an die eigenen Bürger ausgegeben wurden. Da aber deren Sparbereitschaft trotz aller Appelle an den Patriotismus nicht reichte, nahmen die Deutsche Reichsbank, die Bank von Frankreich und andere Notenbanken immer mehr von diesen Anleihen in ihre Bilanzen - sie druckten Geld, was man heute vornehm „Monetisierung der Staatsschuld“ nennt.

Nach dem Krieg musste etwas mit dem vielen Geld geschehen. England und die Vereinigten Staaten versuchten, es mittels rigoroser Sparpolitik einzusammeln und handelten sich dadurch eine scharfe Rezession ein. Deutschland, das den Krieg verloren hatte, und andere Staaten wollten die Rezession vermeiden und setzten auf Inflation, mit dem Ergebnis, dass im November 1923 ein Dollar 4,2 Billionen Mark kostete.

Die Entwicklung löste bei den Menschen bittere Enttäuschung aus. Sie verloren nicht nur ihre Ersparnisse, sondern auch ein Gefühl für Sicherheit und das Vertrauen in den Staat. Das begünstigte den Aufstieg von Faschismus und Nationalsozialismus. Am Ende standen Hitler und ein neuer Weltkrieg.

Und heute? Auch die Corona-Krise begann mit einem Angebotsschock, als im Februar 2020 China, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Erde, nicht mehr wie gewohnt produzieren konnte. Als dann ein Land nach dem anderen den Lockdown verhängte, um sein Gesundheitssystem vor dem Zusammenbruch zu bewahren, kam ein Nachfrageschock dazu: Weil



die Menschen zuhause bleiben mussten, konnten sie kaum noch Geld ausgeben. Und wie 1914 bis 1918 verschulden sich die Regierungen massiv, während die Notenbanken die Staatsschulden zu Geld machen, wie seinerzeit.

Wie der Historiker James schreibt, lassen sich die Folgen so einer Geldschwemme am leichtesten mit „inflationären Mechanismen“ bewältigen, weil dadurch Teile der Eliten scheinbar für ihre Verluste entschädigt werden: Aktionäre, Immobilienbesitzer und andere Inhaber von Sachwerten kann die Geldentwertung nichts anhaben – oder sie begünstigt sie sogar. Genau das aber gefährdet den Zusammenhalt in der Gesellschaft...

Nikolaus Piper
(siehe auch Bericht auf Seite 20)

Wirtschaftspolitik

Reflexionen zur Sozialen Marktwirtschaft

Eine Festschrift für Wolfgang Quaißer



Michael Grömling,
Markus Taube (Hrsg.)

Reflexionen zur Sozialen Marktwirtschaft
Eine Festschrift für
Wolfgang Quaißer

Metropolis, Marburg 2020

ISBN 978-3-7316-1428-9,
399 Seiten, 44,80 Euro

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT stellt einen zentralen Eckpfeiler der deutschen Gesellschaftsordnung dar. Sie steht für eine demokratische Grundordnung, wirtschaftliche Dynamik und sozialen Ausgleich. Die nach dem Zweiten Weltkrieg erstmalig in Deutschland konzipierte und sehr erfolgreich implementierte Soziale Marktwirtschaft ist aber kein starres Konstrukt, sondern hat sich im Verlauf der Jahrzehnte in nicht unerheblichem Maße gewandelt, neue Schwerpunkte gesetzt, gesellschaftliche und technologische Veränderungen zu akkommodieren versucht. Die Soziale Marktwirtschaft ist von daher keine stabile Errungenschaft, sondern muss immer wieder von neuem mit Leben erfüllt werden. In dem vorliegenden Band werden diese Prozesse und anstehenden Herausforderungen aus unterschiedlichen Perspektiven, mit unterschiedlichem normativem Grundverständnis und aus unterschiedlichen akademischen Disziplinen reflektiert. Dabei wird auch erörtert, welche Strahlkraft die Soziale Marktwirtschaft über die Grenzen Deutschlands hinaus entfaltet und Modellcharakter entfalten kann.

Mit einem Vorwort von Ursula Münch und Beiträgen u.a. von: Franz-Lotmar Altmann, Heinz-Jürgen Axt, Leszek Balcerowicz, Hartmut Bechtold, Michael Dauderstädt, Peter Hampe, Martin Held, Harold James, Christoph Lütge, Heinrich Oberreuter, Joachim Ragnitz und Ulrich Walwei.

Verfassungspolitik

Die dritte Gewalt in Deutschland und Europa

Symposium zur Verfassungspolitik zum 75. Geburtstag von Hans-Jürgen Papier



Ursula Münch,
Gero Kellermann (Hrsg.)

Die dritte Gewalt in Deutschland und Europa
Symposium zur
Verfassungspolitik zum
75. Geburtstag von
Hans-Jürgen Papier

Akademie für Politische
Bildung, Tutzing 2020

ISBN-13 978-3-9821033-2-7,
120 Seiten

AUS ANLASS des 75. Geburtstags von Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier fand im Juli 2018 ein hochkarätig besetztes Symposium in der Akademie für Politische Bildung statt. Es widmete sich der »dritten Gewalt« und damit einem der Fundamente der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Zahlreiche Gäste und viele renommierte Referentinnen und Referenten kamen nach Tutzing, um dem Jubilar die Ehre zu erweisen. Der vorliegende Band dokumentiert den wissenschaftlichen Ertrag der Veranstaltung.

Hans-Jürgen Papier promovierte 1970 an der Freien Universität Berlin und wurde dort 1973 habilitiert. Er lehrte von 1974 bis 1991 an der Universität Bielefeld. Danach hatte er an der Ludwig-Maximilians-Universität in München einen Lehrstuhl für Öffentliches Recht inne. 1998 wurde er zum Vizepräsidenten und Vorsitzenden des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts gewählt und 2002 zu seinem Präsidenten ernannt. (bis 2010). Die Akademie veranstaltet gemeinsam mit Hans-Jürgen Papier seit 2014 die Tagungsreihe »Forum Verfassungspolitik«.

Eine Auswahl von Tagungen in den nächsten Monaten

OKTOBER 2020

Oktober **30 Jahre Deutsche Einheit** 40-4

2. – 4. **Ein nach wie vor gespaltenes Land?**

Leitung: Andreas Kalina / Jörg Siegmund
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay **Tel. +49 8158 256-17**

Oktober **Der digitale Bürgermeister** 41-3

6. **Social Media für Kommunalpolitiker**

In Kooperation mit der Technischen Hochschule Nürnberg
Leitung: Beate Winterer / Sebastian Haas / Markus Kaiser
Sekretariat: Simone Zschiegner **Tel. +49 8158 256-47**

Oktober **Die Digitalisierung in Krisensituationen** 41-2

9. – 10. **Das Beispiel Pandemie**

In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Informatik e.V. und der Initiative D21 e.V.
Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann / Wolfgang Glock / Carsten Trinitis / Philipp Müller
Sekretariat: Viktoria Aratsch **Tel. +49 8158 256-53**

Oktober **„Es kamen Menschen...“** 42-7*

15. **Flucht und Asyl in Geschichte und Gegenwart**

In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Museumsakademie und dem NS-Dokumentationszentrum München
Leitung: Michael Mayer / Christoph Huber / Thomas Rink
Sekretariat: Viktoria Aratsch **Tel. +49 8158 256-53**
Veranstaltung in München

Oktober **Im Post-Zeitalter: Postdemokratie, Postfaktizismus, Postwachstum** 42-3

16. – 17. **Modeworte oder Anzeichen grundlegender Wandlungsprozesse?**

Leitung: Andreas Kalina
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay **Tel. +49 8158 256-17**

Oktober **■ Internationale Akademie ■ Its Own Worst Enemy** 43-5*

22. – 25. **Internal Sources of Crisis in Liberal International Order**

In Kooperation mit der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Fritz Thyssen Stiftung
Leitung: Anja Opitz / Christian Kreuder-Sonnen / Berthold Rittberger
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay **Tel. +49 8158 256-17**

SEPTEMBER 2020

September **Filmgespräch am See** 36-1

6. In Zusammenarbeit mit dem Fünf Seen Filmfestival Starnberg

Leitung: Ursula Münch / Matthias Helwig
Sekretariat: Simone Zschiegner **Tel. +49 8158 256-47**

September **Corona als Beschleuniger?** 37-5

9. – 10. **Wie ein Virus unseren Umgang mit Technik verändert**

In Zusammenarbeit mit acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften
Leitung: Andreas Kalina / Marc-Denis Weitze
Sekretariat: Antonia Kreitner **Tel. +49 8158 256-58**

September **Zentrum gegen Peripherie** 38-5

18. – 19. **Auseinanderdriftende Regionen im digitalen Zeitalter**

Leitung: Andreas Kalina
Sekretariat: Viktoria Aratsch **Tel. +49 8158 256-53**

September **Der Reiz des Autoritären** 39-2

25. – 26. **Liberaler Demokratien unter Druck**

In Kooperation mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) und der Europäischen Akademie Bayern e.V.
Leitung: Michael Schröder / Markus Gloe / Birgit Schmitz-Lenders
Sekretariat: Viktoria Aratsch **Tel. +49 8158 256-53**
Veranstaltung in der Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel am See

BITTE BEACHTEN

Wegen der bei Redaktionsschluss noch gültigen Beschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie stehen derzeit noch einige Programmankündigungen unter Vorbehalt. Wir bitten um Verständnis. Bitte beachten Sie die aktuellen Programmhinweise sowie unsere digitalen Angebote auf unserer Webseite: www.apb-tutzing.de

Wir freuen uns, wenn wir Sie bald als Gäste unseres inzwischen fast wieder normalen Tagungsbetriebs in unserer Akademie begrüßen können.



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch diskutierte in einer „Bildschirmrunde“ des Amerika-Hauses München über das Thema „Föderalismus und Corona-Krisenmanagement im transatlantischen Vergleich“. Online-Formate haben auch Vorzüge – schließlich ermöglichen sie es, Diskussionspodien räumlich übergreifend zu besetzen. Auch andere Vorträge wurden ins Netz verlegt, z.B. der beim Rosenheimer Bildungsforum zum Thema der Bedeutung von Wissen, Werten und Vertrauen angesichts der großen Veränderungen unserer Gesellschaft sowie ein online-Vortrag bei der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung über die Lehren, die mit Blick auf die mediale Berichterstattung aus der Pandemie zu ziehen sind. Eine der wenigen Präsenzveranstaltungen – natürlich unter Beachtung der sog. AHA-Regeln – fand im Unterausschuss des Deutschen Bundestages „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln“ statt. Dort stellte die Direktorin als frühere Vorsitzende einer Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates den Abgeordneten die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland vor. Einen kleinen Einblick in ihre vielen Interviews zum Thema CDU-Parteivorsitz, Kanzlerkandidatur, Zukunftschancen der Volksparteien, Vor- und Nachteile föderaler Strukturen in Zeiten von Corona, Freiheitsbeschränkungen infolge der Pandemie oder auch Reform des bundesdeutschen Wahlsystems gibt die Webseite der Akademie. Auch wenn das Thema Digitale Transformation immer wichtiger wird, traf Ursula Münch schweren Herzens wegen der auch Corona-bedingt steigenden Arbeitsbelastung die Entscheidung, aus dem Direktorium des Bayerischen Forschungsinstituts für Digitale Transformation (bidt) auszuscheiden. Über ein Forschungsprojekt zum Thema „Digitalisierungsstrategien in Bund und Ländern“ bleibt sie dem bidt aber verbunden.

Kollegium

Dr. Andreas Kalina sprach in Tutzing über „Leidenschaften um Europa: Die EU als Gegenstand ideologischer Grabenkämpfe“. Als Studiogast bei ARD-alpha erörterte er, inwiefern die Corona-Pandemie die Europäische Union nicht nur gefährdet, sondern durchaus auch eine Chance für den Integrationsprozess sein könnte.

Dr. Michael Mayer sprach bei ARD-alpha über die amerikanischen Zwischenwahlen zum Kongress während der Spanischen Grippe im November 1918. Er stellte dabei auch Überlegungen an, wie sich die aktuelle Pandemie auf die US-Präsidentenwahlen im Herbst auswirken könnten. Das Holocaust-Forschungsprojekt vom Institut für Zeitgeschichte und dem Bayerischen Rundfunk („Die Quellen sprechen“), an dem er mitgearbeitet hat, wurde für den Grimme Online Award nominiert.